Nr. 58.

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6653.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

9. Jahrg.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprech-Anschluß: Amt I, Nr. 4186.

Redaktion: Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 9. März 1892. | Expedition: Beuth-Straße 3.

Lumpen und Proletarier.

Anläßlich der jüngsten Straßenkrawalle ist die alte Frage wieder aufgetaucht: Haben wir jede Auflehnung gegen die bürgerliche Ordnung als einen revolutionären Akt zu betrachten oder nicht? Seit das Kommunistische Manifest erschienen ist und Klarheit schuf über die revolutionäre Mission des Proletariats, besteht die Frage allerdings nicht für Die, welche die proletarische Bewegung — ihr Wesen und ihre Geschichte — kennen. Allein es giebt auch Nichtwissende, und sie haben ein Recht zu verlangen, daß wir ihnen einige Worte der Aufklärung widmen.

Die sozialdemokratische Partei fußt und bewegt sich auf dem Boden des Klassenkampfes — das war von Anfang der Fall und es in schärfster Weise, mit Ausschluß jeglichen Zweifels, betont und ausgesprochen zu haben, ist ein Hauptverdienst des Erfurter Kongresses.

Der Klassenkampf ist, wie der Name es andeutet, ein Kampf von Klasse gegen Klasse. Nicht ein individualistischer Einzelkampf. Das ist zu beachten. Die Klasse des Proletariats kämpft als Klasse gegen die Klasse der Bourgeoisie, will diese überwinden, ihre Herrschaft vernichten, das kapitalistische Eigenthum und die kapitalistische Produktion durch neue soziale Gebilde ersetzen. Das den Klassenkampf kämpfende Proletariat bildet eine große Armee, welche gegen die Bourgeoisie in ihrer Gesammtheit kämpft und deren Reich erobern will. Dieser Kampf unterscheidet sich von dem „Privatkrieg, den ein Einzelner gegen die Bourgeoisgesellschaft führt", indem er einen Bourgeois bestiehlt oder tödtet, genau so wie der militärische Krieg mit ehrlichem offenem Kampf sich von der Mordbrennerei gemeiner feiger Marodeure unterscheidet. Unter Louis Philippe, dem französischen Bürgerkönig, war es Mode, daß jeder sentimentale Spitzbube und Betrüger seine That als Akt der Feindseligkeit gegen die Bourgeoisie und sich selbst als Märtyrer der verkehrten Gesellschaftsordnung hinstellte. Und jetzt ist es Mode, daß die Spitzbuben und Räuber in Frankreich sich pathetisch für Anarchisten ausgeben. Es giebt auch eine Eitelkeit der Lumpen; und die Verkommensten der Verkommenen lieben es zu „posiren", zu schauspielern. Und der Eine und Andere glaubt's wirklich. Wir erinnern uns eines italienischen Anarchisten — der sanfteste, gutmüthigste Mensch von der Welt, in praxi unfähig eine Fliege zu beleidigen —, der die Räuber der Apenninen für die einzigen waschechten Sozialdemokraten erklärte und uns allen Ernsts aufforderte, wir sollten Räuber werden.

Das Volk in seinem richtigen Instinkt hat den Unterschied wohl begriffen und den diebischen Janhagel mit kräftiger Hand von sich abgeschüttelt. Wie schon vorher bei mehreren Gelegenheiten in der „großen Revolution" übte das revolutionäre Volk von Paris 1848 — nach seinem Februarsieg — Lynchjustiz an den plündernden Dieben, die ohne Barmherzigkeit erschossen wurden. Wer für seine Person Krieg gegen die Bourgeoisie führt, indem er das Bourgeoiseigenthum stiehlt, ist eben ein gemeiner Spitzbube, und wer einen Bourgeois tödtet, um ihn zu berauben, oder zu irgend einem anderen persönlichen Zweck, ist ein gemeiner Mörder. Nicht, daß wir den Dieb, den Mörder, das Verbrecherthum und das Lumpenproletariat darum ausstoßen wollten aus der menschlichen Gemeinschaft. Die scheinheilige „sittliche Entrüstung" der „ehrbaren", der „honetten" Klassen liegt uns Sozialdemokraten fern. Wir verachten diese Unglücklichen nicht, wir wollen sie retten; und nur durch den Sozialismus können sie gerettet werden. Wir erblicken in ihnen Opfer der Gesellschaft. — Der verkommendste, im Schmutz sich wälzende Lump, der Dirnenzuhälter, der Pennbruder, der Spitzbube, der Einbrecher — sie alle sind Opfer der Gesellschaft, und für sie alle wird der große Befreiungskampf gekämpft, der die Erlösung bringen soll.

Aber *sie* sind es nicht, welche den Befreiungskampf kämpfen. *Mit*gekämpft haben ihrer Manche auf den Barrikaden der Revolution. Das war jedoch nur erwachendes Menschenbewußtsein, oder Laune und Zufall. Die Mehrzahl hat stets auf der anderen Seite gestanden. Das klassischste Beispiel bietet Paris, die Mutterstadt der Revolution und des revolutionären Kampfes.

Als das Proletariat, welches am 24. Februar 1848 den Thron des Bürgerkönigs zerschlagen hatte, müde, immer für Andere zu siegen, für sein eigenes gutes Recht eintrat und der Bourgeoisie *den* berühmten Hungerwechsel auf drei Monate präsentirte, da begriff die „honette" Republik sofort, daß es sich um Leben und Tod für sie handelte, und sie rüstete sich zur Entscheidungsschlacht. Der Armee, die in den Februartagen theilweise mit dem Volk sympathisirt und fraternisirt hatte, war nicht unbedingt zu trauen — es galt eine neue Truppe zu schaffen, ausdrücklich für den Straßenkampf und zwar für den Straßenkampf gegen das revolutionäre Proletariat. Und welches Material eignete sich besser für den Straßenkampf, als der „Straßenpöbel", der auf der Straße sich herumtreibende „Bodensatz der Gesellschaft"? Abenteuernde Gamins (Gassenjungen), alles was deklassirt ist, d. h. zu keiner Klasse gehört und von seinem „Witz" lebt, wie eine verstoßene Katze, — fahrende Händler mit allem Möglichen und Unmöglichen, und namentlich die zahlreiche Zunft der Diebe und Louis, deren Geschäft damals nicht blühte — das waren die Bevölkerungskategorien, in denen die „honette" Republik ihre Stützen suchte und fand. Hier ward sie ihre Truppen, dressirte sie auf den Proletarier, wie Hunde auf den Mann dressirt werden, und als sie genug dressirt waren — man hieß sie „Mobilgarde" (garde mobile) — da konnte die Abschlachtung beginnen. Es war Juni 1848. Das Proletariat ward zum Kesseltreiben auf die Straße getrieben, wo das Lumpenproletariat der Straße, unterstützt von den verfügbaren Linientruppen, mordeifrig des edlen Wilds harrte. Das erschütternde, großartige Epos der Junitage soll hier nicht erzählt werden — es ist eingegraben in das Gedächtniß jedes Arbeiters. Heldenhaft rang das Proletariat, fast eine Woche lang, bis es endlich erlag — nach der blutigsten Straßenschlacht, welche die Geschichte kennt. Entschieden aber ward die Schlacht durch die Mobilgarde, durch das bewaffnete Lumpenproletariat, das im Solde und Dienst der Bourgeoisie das revolutionäre Arbeiterproletariat mit der Wuth und Gewandtheit von Raubthieren anfiel und erwürgte. — Das Lumpenproletariat hatte das Arbeiterproletariat besiegt.

Und den Herren Maulrevolutionären, die jetzt so feurig für die Ballonmützen sich ins Zeug legen, kann es gelegentlich auch passiren, daß sie vom Lumpenproletariat zusammengeschossen werden — es sei denn, daß sie es vorziehen, gemeinsame Sache zu machen mit den Ballonmützen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. März.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause. Ueber Zuschüsse für die Universitäten haben die Landboten am 8. März ein Langes und Breites geredet. Der alte konservative Eingänger von Meyer-Arnswalde traf den Nagel auf den Kopf, als er im Verlauf der Debatten das von uns gestern gebührend charakterisirte „Freiheits"-Manifest der Bonner Studentenverbindungen einen „Exzeß der Naseweisheit" nannte. Es ist verwunderlich, daß der schneidige Kultusminister Graf Zedlitz die Erklärung abgab, „er wolle mit seinem Urtheil darüber noch zurückhalten, da ihm von dem Vorgang nichts bekannt sei." Während die Presse die Angelegenheit berichtet und kommentirt, ist der Fachminister noch nicht unterrichtet, was gerade kein Beweis für die Fixigkeit der Geheimräthe ist. Unter den Demonstranten befindet sich auch das „Feudal"-Korps Borussia, zu dessen „alten Herren" oder „Philistern" die Mitglieder der Aristokratie, die höchsten Beamten 2c. zählen; auch der deutsche Kaiser gehört zu den „alten Herren" dieses Korps. — Der nationalliberale Professor Dr. Friedberg machte die überraschende Entdeckung, daß ein preußischer Universitätsprofessor mit seinem Anfangsgehalt eine Familie nicht ernähren könne. Die preußischen Proletarier haben also Kollegen, von denen sie sich bisher nichts haben träumen lassen. Der lokale Theil der Zeitungen wird nächstens eine Rubrik für Schwefelholz verkaufende Professorenkinder einrichten. —

Heuchelei. Artikel 22 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871 sagt:

„Die Verhandlungen des Reichstags sind öffentlich."

Dieser Grundsatz gilt ohne jede Einschränkung. Wenn deshalb die Nachricht durch gewisse Preßorgane kolportirt wird, der Reichstag werde das famose *Feigenblatt*-

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.) (58

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Büchern

von A. Otto Walster.

Ein zweites Läuten der Glocke verkündet den Anfang der Sitzung, und Hanke, welcher bis auf Weiteres den jedesmaligen Vorsitz zu führen hat, den Barth wegen seiner Stellung als Werkführer der Gesellschaft ein für allemal abgelehnt hatte, sowie Dr. Lange als Schriftführer haben sich auf ihren Sitzen eingefunden. Der Erstere eröffnet alsbald die Verhandlung mit den Worten:

„Ich erkläre die Sitzung für eröffnet und habe zunächst zu fragen, ob Jemand noch einen Gegenstand dringlicher Art für die heutige Tagesordnung anzumelden hat? — Da dies nicht der Fall zu sein scheint, so werden die bereits angemeldeten Gegenstände in der vorgeschriebenen Reihenfolge zur Berathung kommen.

„Zunächst ist mitzutheilen, daß die von uns beschlossenen Geschäftsantheil-Scheine nunmehr angefertigt und von Ihrer Finanzkommission unterschrieben worden sind, so daß sie gleich nach Schluß der Verhandlungen von den Betreffenden in Empfang genommen werden können. Es wird nicht überflüssig sein, bei dieser Gelegenheit noch einmal daran zu erinnern, daß jeder dieser Antheilscheine à 10 Thaler die laufende Nummer der herausgegebenen Scheine führt, ferner, daß die rothgedruckten für die dem Geschäfte baar geliehenen Gelder ausgefertigt wurden und nach einmonatlicher Kündigung an jedem beliebigen Tage von der Genossenschaftskasse zurückgekauft werden.;

„Die schwarzgedruckten Antheilscheine, von denen sich jedes in der Druckerei thätige Mitglied in Jahresfrist zwei aus dem Ertrage seiner Arbeit erwerben muß, zu welchem Zwecke ein entsprechender Theil des Verdienstes zurückbehalten wird, müssen bei Ausschließung eines Mitgliedes sofort ausgezahlt werden, während bei freiwilligem Austritt drei Monate Frist ausbedungen sind. Es versteht sich, daß im letzteren Falle je nach der vorhandenen Möglichkeit Rücksichten genommen werden. Beide Arten von Scheinen werden vierteljährlich nach demselben Zinsfuße verzinst, nach welchem zur selben Zeit durchschnittlich Hypothekenschulden verzinst zu werden pflegen. Dividenden und andere Vergünstigungen des Kapitals zum Schaden der Arbeit können bei uns natürlich nicht in Frage kommen, und bei außerordentlichen Vorkommnissen ist ein Abweichen von diesem Grundsatze nur im Falle der Zustimmung von drei Vierteln sämmtlicher Genossen zulässig. Für die Zinsen, wie für das Kapital der Antheilscheine, bürgen die Genossen sowohl persönlich, als mit ihrem Vereinsvermögen. Bis zur Bestätigung unserer Statuten und Erlangung der Korporationsrechte, die freilich bei dem Zopfthum und der Unbehilflichkeit unserer Beamtenwelt noch einige Zeit werden auf sich warten lassen, ist Herr Barth der nominelle Geschäftsinhaber und Bürge für Alles. Ich bitte nunmehr Herrn Barth, als den Berichterstatter unserer Finanz-Kommission, uns Bericht über den Stand des Geschäftes und über das Resultat des ersten Monats unserer neuen Einrichtung zu geben."

„Ich bin dazu bereit," erklärte Barth, indem er auf das Podium trat und seine Papiere zurecht legte. „Das Geschäftsvermögen, wie Sie es von mir übernommen, ist mit allem Inventar und allen Vorräthen nach der von Ihnen neulich gebilligten Abschätzung auf 8000 Thaler gewürdigt worden. Dazu kommen 120 Thlr., die sich augenblicklich in der Geschäftskasse befinden (ich gebe der Uebersicht wegen nur die runde Summe an), 100 Thaler, welche wir am Montag für das neue Quartal im Voraus als Miethe gezahlt und 700 Thaler als gesicherte Außenstände, was also zusammen 8920 Thaler als Aktivbestand ausmacht. Davon schulden wir an die Maschinenfabrik Findeisen 1200 Thaler, an die Papierfabrik 650 Thaler, an die Schriftgießerei 400 Thaler, an aufgenommenen Darlehen 500 Thaler, was zusammen 2750 Thaler an wirklichen Geschäftsschulden beträgt. Von unseren auswärtigen Kollegen sind uns 700 Thaler geliehen worden, wofür wir ihnen 70 Stück Antheilscheine ausgefertigt haben, von anderen Freunden gingen uns 200 Thaler zu, wofür die entsprechenden 20 Scheine ausgegeben sind, die Mitglieder haben aus eigenen Mitteln 900 Thaler eingezahlt und an rückständigen Löhnen 800 Thaler zu fordern, zusammen 2000 Thaler in 200 Antheilscheinen. Mein eigenes Guthaben ist, wie mir scheinen will, zu großmüthig auf 2000 Thaler angenommen worden, wofür ich 200 Antheilscheine erhielt, die ich unter drei Jahren nicht zu kündigen versprochen und für die ich natürlich auch keine Zinsen beanspruche. Diese Summen zusammengerechnet ergeben 7350 Thaler an Passiven, so daß sich das Vermögen der Genossenschaft auf 1570 Thaler beläuft. Wenn Sie aber fragen, woher diese 1570 Thaler, die Sie nicht einzahlt haben, kommen, so ist die Antwort einfach: diese 1570 Thaler haben Sie durch Ihr festes Eintreten für sich ebenso gerettet, wie Sie mir die 2000 Thaler gerettet haben, und sich selbst haben Sie vielleicht auch noch die Arbeitslöhne gerettet;

Gesetz in geheimer Sitzung berathen, so ist dies ein Unding. Das Verfahren wäre verfassungswidrig, und jeder Beschluß, der in solch einer Sitzung gefaßt würde, wäre nicht mehr werth wie eine taube Nuß. Der § 36 der Geschäftsordnung des Reichstags, welcher besagt:

„Der Reichstag tritt auf den Antrag seines Präsidenten oder von zehn Mitgliedern, zu einer geheimen Sitzung zusammen, in welcher dort zunächst über den Antrag auf Ausschluß der Oeffentlichkeit zu beschließen ist“,

ist selbstverständlich ohne Bedeutung gegenüber dem klaren Wortlaut der Verfassung, mit welcher die Geschäftsordnung nicht in Widerspruch stehen darf. Aber daß von der geheimen Behandlung eines sozialpolitisch so bedeutsamen Gegenstandes überhaupt gesprochen wird, weist auf die Verpeuchelung und Vermuckerung unseres öffentlichen Lebens hin. Mag der gesellschaftliche Organismus an den schwersten Schäden kranken, nur nicht die öffentliche Diskussion, sondern das Vertuschen und Verschweigen. Die Bourgeoisie, welche die Sudeleien und Zoten ihrer Lieblingspoetaster und Möchtegern-Künstler mit Entzücken genießt, sie, welche der Prostitution bedarf, wie der Lebensluft, bekommt die hysterischen Anfälle einer alten Jungfer, wenn eine ernsthafte Frage ernst behandelt werden soll.

„Man darf das nicht vor keuschen Ohren nennen,
Was keusche Herzen nicht entbehren können.“ —

Die Aera der Majestätsbeleidigungen. Durch die Lappel-Allee der liberalen Blätter geht heuer ein angstvolles Rauschen. Die „Kölnische Zeitung“, die „National-Zeitung“, die „Vossische Zeitung“, Deutschfreisinn und Nationalliberalismus entrüsten sich über die „drohende Reaktion“, die auch vor den Bureaux der Bourgeoisorgane nicht Halt macht und ihre Strafanträge auch auf die Redaktionstische liberaler Zeitungen flattern läßt. Denn der Regen regnet jeglichen Tag, Majestätsbeleidigungen sind jetzt so wohlfeil wie früher — Bismarckbeleidigungen. Wenn die Organe der Arbeiterpartei, wenn Sozialdemokraten unter Anklage gestellt werden, so begnügt sich die aufopferungsvolle Enthaltsamkeit des Liberalismus im besten Falle mit der Lokalnotiz und dem einfach registrirenden Berichte, wofern er es nicht vorzieht, byzantinische Kapriolen zu schneiden und die Missethäter mit einem Schwall von sittlicher Empörung zu überschütten. Und wenn die Wogen des politisch-sozialen Kampfes hochgehen, wenn eine Sturmfluth der Reaktion herannaht, dann ist die Bourgeoisie am eifrigsten, den Volksfeinden Schergendienste zu leisten. Unvergessen werden die Angebereien gerade des liberalen Zeitungsgeschwisters, die Delirien der Denunziationswuth sein, welche wir 1878 in der berufenen Attentatsperiode erlebt haben. Damals ging kein „Grauen vor Muckerthum und Reaktion“ durch die Reihen der „Kölnischen Zeitungs“-Leute, ihr Hep, Hep! erscholl damals so laut, wie etliche Jahre früher im „Kultur“kampfe wider die „Schwarzen“. Welch schmähliche Sykophanten waren die Gentlemen, als der Hausmeier Bismarck den Arnimparagraphen von seiner getreuen Reichstagsmehrheit fabriziren ließ, wie hetzten sie gegen die Los und Rudolf Meyer, welche ehrenhafte Männer und starrnackige Gegner der Bismarckischen Mißwirthschaft, dem Allmächtigen die Stirne boten, was für ein Hagel von Verleumdungen und Angebereien entlud sich über die „Deklaranten“ der „Kreuz-Zeitungs“-Partei! Jedes Blatt in der Geschichte des Liberalismus nach 1866 erzählt von seiner Grundsatzlosigkeit, seinen Perfidien gegen die Widersacher, von seiner Knechtseligkeit, die jede Volksfreiheit geopfert hat. Ist es nicht auferbaulich, zu sehen, daß selbst jetzt, da es den Liberalen an den Kragen geht, sie sich wohl hüten, eine Reform zu unterstützen, die etwa der Preßfreiheit eine Gasse bahnte? Schreibt doch das Organ, das Karl Marx vor drei Jahrzehnten charakterisirte als den „inhaltsschweren Ausdruck der Inhaltslosigkeit“, die „National-Zeitung“, in dem weinerlichen Leitartikel: „Majestätsbeleidigungen“ (Nr. 158 vom 8. März): „Der Versuch einer Abänderung des Strafgesetzes, die man als Erleichterung der Majestätsbeleidigung darstellen könnte, ist aussichtslos; er wäre unseres Erachtens übrigens im Hinblick auf die Sozialdemokratie auch verkehrt.“

Die Sozialdemokratie freilich ist befugt, grundsätzlich zu der Jagd auf Preßdelinquenten und Majestätsbeleidiger Stellung zu nehmen, ihr ist Preß- und Redefreiheit keine wächserne Nase, die nach Belieben bald so, bald anders gedreht werden kann. Wenn die bürgerlich-demokratischen Kritiker die Rückständigkeit des öffentlichen Lebens in Deutschland gegeißelt haben, weil die bürgerlichen Parteien gegenüber den oben berührten Prinzipienfragen nicht solidarisch dächten und handelten, sondern der Bauernregel folgten: „Heiliger Florian, ich flehe dich an, beschütz' mein Haus, zünd' andre an“, so drückt diese Auffassung nur die halbe Wahrheit aus. Gewiß, unsere Bourgeoisie ist unfertig, ist nie bis zu der Entwickelungsstufe vorgeschritten, wie diejenige Englands oder Frankreichs. Aber sie kann sich auch nicht fortbilden, sie mußte verkümmern, weil hinter ihr sich dräuend, gewaltig das jugendfrische, kampfesfrohe, klassenbewußte Proletariat erhob und ihre politische Verkrüppelung erzwang. So ist diese Rückständigkeit zugleich ein Zeichen des sozialen Fortschritts. Erfahren die Bourgeois am eigenen Leibe, was für Konsequenzen ihr eignes Preß- und Strafgesetz hat, so ist das ihre ureigene Schuld. —

Konservative und Konservative. Wir hatten schon öfters Gelegenheit, auf den Unterschied zwischen englischen und deutschen Konservativen hinzuweisen und zu zeigen, wie letztere von konservativen, d. h. staatserhaltenden Grundsätzen gar keinen Begriff haben, und unter Konservatismus blos die Ausbeutung des Staats im Interesse ihrer reaktionären und selbstsüchtigen Klassenpolitik verstehen. Jetzt wird uns dieser grelle Unterschied wieder einmal recht eindringlich vor Augen geführt durch die Art und Weise, wie die konservative englische Presse „die Aera der Majestätsbeleidigungen in Deutschland“ bespricht. Unter unseren Konservativen wird es ja wohl Einige geben, die Englisch verstehen. Diesen rathen wir, einmal die Leitartikel der zwei vornehmsten konservativen Organe Englands, des ministeriellen „Standard“ (z. B. vom gestrigen Tag) und der Wochenschrift „Saturday Review“ (letzte Nummer) zu lesen. Veröffentlicht kann das in einem deutschen Blatt nicht werden — so herrlich weit haben wir es gebracht. —

Hurrah für Berlin! So kreischt das „anarchistisch-kommunistisch-revolutionäre“ Londoner Schwesterblatt der deutschen „Autonomie“ — das „Common Weal“, einst mit dem Gelde des edelen William Morris gegründet. Das Hurrah gilt natürlich den jüngsten Straßenkrawallen, jedoch nicht, wie einige „unabhängige“ Geister sich einbilden könnten, den Arbeitslosen, denen selbst die „Kreuz-Zeitung“ ihre Sympathien nicht versagt hat, sondern den — Spitzbuben, welche die Läden zerschlagen und geplündert haben. Indem wir auf unseren heutigen Leitartikel verweisen, wollen wir hier blos darauf hinweisen — was wir übrigens bereits früher andeuteten — daß jetzt in ganz Europa nach einem gemeinsamen Plane an der Inszenirung des „rothen Schreckens“ gearbeitet wird. „Anarchistische“ Blätter, deren Finanznoth und blasse Wehmuth bisher in einem löschpapierenen Druckfehlermeer sich widerspiegelte, haben auf einmal ganz stattliche Röcklein angezogen — und die gesammte, für die Gesellschaftsrettung sich interessirende Presse (der Bismarck, Baare, Winkelmann's Erben und Konsorten) leistet tapfer Reklamedienste und läßt in jeder Nummer stattliche Armeen von „Steifleinenen“ — wir wollten sagen „Anarchisten“ aufmarschiren, — zum geheimen Gaudium der Auguren, die da genau wissen, daß ein halb Dutzend halbwegs kouragirter Polizisten übrig genug ist, um sämmtliche echte Anarchisten der alten und neuen Welt in aller Stille zur Ruhe und hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Wir verfolgen die Komödie und lachen der Komödie und der Komödianten. —

Keck wie — Otto. In den „Hamburger Nachrichten“ erklärt Fürst Bismarck, daß er nicht etwa schulkrank sei und deshalb vor den parlamentarischen Debatten sich drücke. Nein, er wolle nur nicht der „Blitzableiter für gewitterscheue Leute“ sein, „in einer Situation, in welcher beide Theile froh wären, ihre Verlegenheiten auf einen Dritten abzuwälzen und die Streitfragen, welche die augenblicklichen Verlegenheiten verursachen, in einen Kampf zwischen dem alten und dem neuen Kurs überzuführen, um auf diese Weise der Unannehmlichkeit zu entgehen, daß Jeder seinerseits ausißt, was er sich eingebrockt hat.“ Bei der anerkannten Tapferkeit, mit welcher der „geniale Staatsmann“ alle Steifleinenen bekämpft hat, ist an der Richtigkeit dieser Angabe nicht zu zweifeln. Von Interesse ist aber folgende weitere Erklärung der Friedrichsruher Pythia:

„Die „Germania“ spricht von einer Aufregung, die in Friedrichsruh wegen der buchhändlerischen Ankündigung der Herausgabe von 100 unverbrannten faksimilirten Welfenfonds-Quittungen herrschen solle. Von solcher Aufregung kann in Friedrichsruh keine Rede sein. Für die Interessen des Fürsten Bismarck könnten alle, auch die geheimsten Akten des Welfenfonds publici juris werden; der Eindruck würde für manche Leute, die jetzt zu den Angreifern des Fürsten gehören, gewiß sehr unbequem sein, für ihn selbst aber in keiner Weise.“

In diesem Falle glauben wir, daß die „Germania“ im Unrecht und der Herzog von Lauenburg im Recht ist. Wir sind der Ansicht, daß die faksimilirten Beläge, welche Herr Cäsar Schmidt in Zürich nächstens herausgeben wird, falls nicht die Betheiligten Reugeld zahlen, aus demselben Geheimschrank geflattert sind, wie die anziehenden Enthüllungen über die aus dem Welfenfonds an Herrn v. Bötticher gegebene Unterstützung. Der Kanzler a. D. Eisenstirn wird mit der ganzen Seelengröße, die ihm eignet, die deutschen Bettelpatrioten über die Klinge springen sehen, die aus den Tuilerien der Wilhelmstraße ihre Trinkgelder erhalten haben. —

Die Ritter vom Kreuz mit dem Bettelsack. In der „Kreuz-Zeitung“ erhebt sich alltäglich der Jammer der großen Barone über ihre betrübende Lage; elendere Bettler, sollte man glauben, gebe es auf der ganzen Welt nicht. Mit Getreidezöllen und Schnapsprämien hat man ihnen hunderte Millionen auf Kosten der großen Volksmasse zum Geschenk gemacht, aber sie sind unersättlich. Sie verlangen alle diese Opfer freilich nicht für sich, sondern für die „nothleidende Landwirthschaft“; von dem jedoch was angeblich in deren Interesse bewilligt wird, haben sie selbst, die großen Barone, den Löwenantheil. Daß Leute, deren Einkommen nach vielen Tausenden zählt, sich nicht entblöden, die Nothleidenden zu spielen, daß sie, die alle Genüsse zum Ueberfluß durchkosten, ja sich förmlich in denselben wälzen, an die öffentliche Unterstützung appelliren, daß der Bettler von den erbettelten Pfennigen zu ihren Gunsten noch zollen muß, das muß in ihnen wahrlich den Dünkel erzeugen, daß sie eine besondere Gattung von Menschen sind, für welche das gemeine Volk sich zu quälen und abzurackern hat. Die Unersättlichkeit dieses Junkerthums verlangt immer neuen Fraß; die Herren schnobern jetzt nach Menschenfleisch. Die Einführung der Sklaverei ist ihr Verlangen, einer Sklaverei noch härter, als die der Negersklaven, einer Sklaverei, welche dem Sklavenhalter alle Rechte eines solchen zuspricht, ihn aber zugleich von den Lasten und Kosten entbindet. Kein Tag vergeht, an dem die „Kreuz-Zeitung“ nicht diesem Wunsche Ausdruck giebt. Heute benutzt sie hierzu einen Brief aus Wien über die Brotvertheilung an Arbeitslose daselbst. In dem Briefe wird gejammert, daß vom flachen Lande die Arbeiter ihren patriarchalischen Gebietern entlaufen, um in den großen Städten das große Glück zu genießen, als Arbeitslose ein Stück Brot zu erhalten. „Das flache Land entvölkert sich, die Landwirthschaft geht an dem Arbeitermangel zu Grunde, während die großen Städte ein der Zahl und dem Elende nach immer mehr anschwellendes Proletariat züchten, an dem die öffentliche Sicherheit und Ordnung eines Tages scheitern wird,“ mit diesen Worten schließt der Kreuz-Zeitungsartikel. Nun, den österreichischen Magnaten merkt man ebenso wenig die Noth an, als unsern großen Herrschaftsbesitzern. Wenn die Landwirthschaft an Arbeitermangel leidet, so liegt es daran, daß die Herren statt ihren Arbeitern anständigen Lohn zu zahlen, diesen zu Gunsten ihrer eigenen Ueppigkeit schmälern. Die „Kreuz-Zeitung“ weiß nur ein Mittel zur Abhilfe, die Arbeiter „an die Scholle zu binden“, d. h. sie zu Leibeigenen der Grundherren zu machen. Wir wüßten ein besseres Mittel die Landwirthschaft zu heben: man befreie sie von den schlampampenden Junkern und Magnaten. —

Der neue Bubenvater. Wenn von den deutschen Reichsstädten des fünfzehnten und sechszehnten Jahrhunderts Landsknechte angeworben wurden, jenes fahrende Volk, das heute unter diesem, morgen unter jenem Feldzeichen focht und für den sich schlug, der es zahlte, so setzte der ehrbare Rath der Stadt einen Bubenvater ein, der für die Landsknecht-Buben zu sorgen, sie zu beköstigen und zu verpflegen hatte. Die publizistischen Landsknechte unserer Regierung haben an Stelle des avanzirten einen neuen Bubenvater bekommen, Dr. Hammann, bisher Herausgeber einer offiziösen

---

denn es ist mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß bei einem gerichtlichen Verkauf des Geschäfts mindestens 4000 Thaler verloren gegangen wären. Was durch Ihr Eintreten gerettet wurde, war nun eigentlich mir gerettet, indessen durfte ich nicht außer Augen lassen, daß dieser mein Geschäftsgewinn zum größten Theil aus Ihrer Arbeit erwachsen war, daß durch Ihr zeitweiliges Verzichten auf sofortige Auszahlung des vollen Arbeitslohnes es mir möglich wurde, das Geschäft schneller zu vergrößern und länger zu halten, und doch habe ich, was ich eigentlich nicht annehmen wollte, den Löwenantheil erhalten, der uns Allen aber noch weiter fortdauernden Nutzen schaffen soll.“

„Ich glaube,“ bemerkte Hanke, nachdem Barth geendet, „daß es ganz überflüssig wäre, darüber zu streiten, wer das größte Verdienst bei dieser Sache hat. Wir Alle fühlen es. Wäre Herr Barth einer von jenen rücksichtslosen egoistischen Prinzipalen gewesen, die in dem Arbeiter nichts weiter sehen, als eine Kuh zum Melken, der man nur so viel Futter giebt, als nöthig ist, damit ihm die Milch nicht dürftiger wird, ja der häufig nicht einmal so viel Rücksichten nimmt, weil er für Jeden, der ihm arbeitsunfähig wird, gleich wieder einen neuen Arbeiter bekommen kann; wäre Herr Barth ein solcher Mann gewesen, wir hätten gegen ihn gehandelt, wie er gegen uns. Das haben wir nun allerdings, wie wir uns fröhlich selbst sagen dürfen, gegen Herrn Barth gethan, nur in dem hier angebrachten Sinne. Hier war das Interesse ein gemeinschaftliches, und da haben wir auch gemeinschaftlich gehandelt, haben der Welt gezeigt, was schon eine kleine Schaar von Männern, wenn sie sich als selbstverantwortliche freie Wesen fühlen, zu Stande bringen kann. Es erledigen sich dadurch auch die unsinnigen Bemerkungen jener weisen Geschäftsmänner, die da hintreten und sagen: Die Arbeiter haben gut reden; wenn die Woche um ist, verlangen sie ihren Lohn und fragen viel nach unseren Sorgen und Schäden. Nun natürlich; wenn so ein Prinzipal ins Gelag hineinwirthschaftet, sich von einem Arbeiter, wenn er auch zehnmal klüger wär' als er, nichts hineinreden läßt, wenn er beim Gelingen den ganzen Gewinn in die Tasche steckt, wenn er den Arbeiter fortschickt, der ihm Jahre lang gedient, sobald es ihm paßt, ohne zu fragen, was aus dem Menschen weiter wird, dann kann er auch wohl schwerlich verlangen, daß der Arbeiter auf die Verhältnisse seines Arbeitgebers Rücksicht nimmt. Doch sehen wir davon ab und freuen wir uns des ersten guten Erfolges, stärken wir uns im Hinblick auf denselben für die zahlreichen Prüfungen, die unser noch harren und auf welche wir vorbereitet sind. Und nun, Herr Barth, sind Sie wohl so freundlich, uns noch über den Monatsabschluß zu berichten?“

„Recht gern“, erwiderte Barth, indem er ein neues Papier hervorsuchten. „Es sind im ersten Geschäftsmonat von den Genossen im Verein mit den Burschen erarbeitet worden im Ganzen 1080 Thaler Werth. Davon sind statutengemäß nach Maßgabe des Lohntarifs in den anderen Druckereien an Arbeitslöhnen ausgezahlt worden 620 Thaler, für Miethe und Abnutzung des Materials zurückgelegt 100 Thaler, bleiben 360 Thaler, wovon nach früherem Beschlusse die Hälfte den einzelnen Genossen im Verhältniß zu ihren Leistungen gutgeschrieben werden soll, während von den übrig bleibenden 180 Thalern 90 Thaler in die Kranken- und Invalidenkasse fließen und die anderen 90 Thaler dem Geschäftsvermögen zugewiesen werden. Herr Dr. Lange hat jedoch noch einen besonderen Vorschlag zu machen, und möchte ich deshalb bitten, denselben zunächst hören zu wollen.“

„Wenn ich,“ bemerkte der Schriftsteller, indem er vor die Versammlung trat, „vor einer Versammlung von Kaufleuten oder Fabrikanten zu sprechen hätte, würde ich mich ein gut Theil bedenken, ehe ich mit meiner Herzensmeinung herauszutreten mich entschließen könnte; eines Theils, weil ich wüßte, mit den wärmsten Worten keine Theilnahme erwecken zu können, andern Theils, weil ich gewiß wäre, eine Fluth von Bemerkungen wie: phantastische Ideen, theoretische Faseleien, Gefühlsverirrungen, unmögliche Ideale ꝛc. auf mich herab zu beschwören, denn was über sein liebes Ego und die Schablone hinausgeht, versteht ein Bourgeois nicht, und was nicht innerhalb der alten breitgetretenen Geleise liegt, das begreift er nicht, will er gar nicht begreifen:

„Denn die Gewohnheit nennt er seine Amme!“

Von Ihnen aber, meine Herren, die Sie sich als Soldaten der Zivilisation fühlen, die Sie sich noch lebendig als Glieder eines großen Ganzen erkennen, vor Ihnen brauche ich den Satz gar nicht näher zu begründen, daß eine Existenz, die nichts für Andere bedeutet, eigentlich keine vollberechtigte Existenz ist. Ein Mensch, der weiter keine Aufgabe erkannt hat, als seine Existenz zu fristen und zu sichern, der brauchte eigentlich gar nicht auf Erden zu sein, der hat eigentlich an dem Tische der Natur keinen Platz zu beanspruchen. Nun fällt es allerdings in unserer Zeit schwer, zu leben, ohne irgend einen Nutzen zu schaffen, ohne irgend eine Bedeutung zu haben, aber das Mehr oder Weniger ist hier maßgebend, ebenso wie das Bewußtsein, mit dem gelebt und gehandelt wird:

„Das ist's ja, was den Menschen zieret.“

Wenn alle Menschen nur insoweit handelten, als sie es zu ihrer persönlichen Sicherheit und Existenz für nöthig erachteten, dann würden wir noch am Anfang des Anfangs stehen; doch ward den Meisten wenigstens das Bedürfniß, für die eigene Familie zu sorgen, von der Natur mit auf den Lebensweg gegeben, und da fühlt sich denn auch der schlimmste Egoist veranlaßt, etwas für die nachwachsende Generation zu thun. Der sittlich freie Mensch aber thut etwas mehr; der schätzt seinen Werth nicht blos nach dem, was er sich selber oder seiner Familie, sondern auch was er seinen Zeitgenossen ist. Die Sorge für die eigene Existenz kann dabei natürlich nicht außer Augen gelassen werden, denn ohne Existenz kein Leben, ohne Leben keine Thätigkeit. Hier die Grenze zu finden, ist die Sache wahrhaft vernünftiger Menschen; und deren Zahl ist eine sehr geringe, denn die meisten Menschen fehlen darin, daß sie ihre persönliche Existenz zum ausschließlichen Selbstzweck machen, während auf der anderen Seite Einige die eigene Existenz gänzlich übersehen und dann im Kampfe mit dem Leben untergehen als echte Helden eines einfacheren oder größeren Trauerspiels.

(Fortsetzung folgt.)

Korrespondenz, früher Redakteur des von den „Kreuz-Zeitungs"-Leuten ausgekauften „Deutschen Tageblatts", ist Chef des königlichen „Literarischen Bureaus" geworden. Jedennoch wir wollen den mittelalterlichen Werbesoldaten mit dem Vergleich nicht zu nahe treten; in ihnen lebte noch ein frisches, fröhliches Wesen, sie waren schlagfertig und hatten Kourage. Die trocknen, beschränkten, witz- und muthlosen Schleicher, die jetzt im Felde liegen, haben mit jenen nur Eines gemein, den Dienst um des Soldes willen und die Verköstigung aus dem gemeinen Säckel. —

Von der Wiener „Wohlthäterei". Die Polizei legt jetzt bereits der famosen Brotvertheilung, zu welcher die Rothschild, Exner, Haaser sich brüderlich zusammengethan haben, Hindernisse in den Weg. Es ist den Besitzern von Gasthausgärten in den äußeren Bezirken, wo die Vertheilung stattfand, verboten, ihre Lokalitäten diesem Zwecke zu widmen. Es sollen angeblich Betheilte das Brot um ein Spottgeld an Branntweinschänker verkauft haben.

Die sofortige Inangriffnahme der Wiener Verkehrsanlagen ist ein rationelles Mittel, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Aber in schmählicher Weise haben Regierung und Parlament die Gesetzentwürfe zu den Akten gelegt, obwohl die Wiener Arbeiterschaft in Wort und Schrift schon vor Monaten die Nothwendigkeit einer eingehenden Erledigung der Vorlagen nachgewiesen und auf das Schärfste betont hat. Graf Taaffe, der dieser Tage seine silberne Minister-Hochzeit gefeiert hat, wurstelt so lange fort, wie es geht. Wie lange aber werden Schlendrian und Brutalität noch ausreichen? —

Tabak-Zollerhöhung. Eine wesentliche Erhöhung des Tabakzolles verlangen die Bürgermeister der Tabak bauenden Gemeinden der Pfalz in einer Depesche an Finanzminister Miquel. „Wohl kann der Tabak bluten," ruft pathetisch die nationalliberale Bürgermeisterschaar der fröhlichen Pfalz, „und er kann zum Wohle des Reiches auch noch mehr bluten, aber bei dem jetzigen Eingangszoll blutet nur der Wohlstand der Bauern!" Daß der Tabakzoll die Lage der kleinbäuerlichen Tabakpflanzer nicht verbessern wird, ist klar. Aber die Tabakzoll-Enthusiasten, die angeben, „im Namen aller betheiligten Gemeinden der Pfalz" zu reden, verstehen wohl unter dem „Wohlstande der Bauern" den Wohlstand der Tabakfabrikanten und Tabakgroßhändler, die in der Pfalz und jenseits der Ludwigshafener Rheinbrücke, im Badischen, in Mannheim und anderswo hausen. —

Das französische Budget für 1893. Der Budgetentwurf Rouvier's für 1893 ist heute von dem Ministerrath genehmigt worden. Derselbe enthält eine Reform der Getränkesteuer, die Aufhebung der speziellen Budgets, die Aufnahme eines ständigen Amortisationsfonds in das Budget, sowie diejenigen Maßnahmen, welche zur Rückerstattung von 163 Millionen im Jahre 1893 fälliger sechsjähriger Obligationen erforderlich sind. Die in dem Budgetentwurf erwähnte Reform der Getränkesteuer sieht angeblich die Aufhebung der Besteuerung des Ausschanks von Getränken, sowie eine weitgehende Herabsetzung der Steuern auf hygienisch wichtige Getränke und auf Bier vor. Die Steuer soll dem Mostgehalt proportional festgesetzt werden. Die durch die Herabsetzung der Steuer entstehenden Ausfälle sollen durch eine Erhöhung des Alkoholzolles von 156,25 Franks auf 190 Franks für 1 Hektoliter kompensirt werden. Ohne indirekte Steuern, welche das Volk belasten, kann die Kapitalistenklasse einmal nicht regieren. —

Christliche Nächstenliebe in Spanien. Im spanischen Senat hat dieser Tage der Bischof von Salamanca die Regierung über die „Ausschreitungen der anarchistischen Presse", welche die in Xeres Hingerichteten auf dem Gewissen habe, des Längeren interpellirt und den Katechismus als Heilmittel, die Unterdrückung der Presse als Vorkur zur Genesung bezeichnet. Und der Ministerpräsident, der edle Canovas del Castillo, versprach mit fröhlichem Eifer, daß er gegen eine „gewisse Presse" einschreiten werde. Der 1. Mai steht vor der Thür, und auf die Hungerrevolten der ausgepowerten Bauern und Fabrikarbeiter antwortet die herrschende Klasse mit Flintenschüssen und Garottirung. —

Der englische Kohlenarbeiter-Streik. Nach den neuesten Nachrichten kann es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die Grubenbesitzer den Streik begünstigen. Es erhellt dies auch aus folgendem uns heute zugegangenen Telegramm:

„Manchester, 8. März. Der Generalsekretär der vereinigten Kohlenarbeiter, Thomas Ashton, erklärte heute, daß weder die Kohlenarbeiter noch die Zechenbesitzer für die Preissteigerung der Kohlen verantwortlich gemacht werden könnten. Die Eigenthümer der Kohlengruben hätten nicht die Absicht gehabt, einen dem allgemeinen Geschäftsgang wie dem Publikum nachtheiligen Weg einzuschlagen."

Der Sekretär der „Vereinigten Kohlenarbeiter", d. h. der nationalen Kohlenarbeiter-Verbandes, würde so nicht gesprochen haben, wenn nicht ein Einverständniß mit dem Ausschuß der Grubenbesitzer bestünde. —

Vom Londoner Grafschaftsrath. Die Progressisten haben einen überraschenden Erfolg zu verzeichnen. Nach dem nunmehr vorliegenden Gesammtergebniß der Wahlen zum Londoner Grafschaftsrath wird derselbe aus 84 Progressisten und 34 Gemäßigten bestehen. In dem bisherigen Grafschaftsrath hatten die Progressisten nur eine Majorität von 20 Stimmen. —

Briefe aus Frankreich.

Den Sturz von Constans kann man als die logische Folge der Wahl Lafargues betrachten. Von dem Augenblick an, wo dieser Geschäftsträger und Büttel der französischen Bourgeoisie, dessen Geschicklichkeit in der Unterschlagung von Stimmen und dessen Skrupellosigkeit man gleichmäßig bewunderte, zeigte, daß er seiner Aufgabe nicht mehr gewachsen sei, keine Furcht mehr zu erzeugen verstehe, war es um ihn geschehen. Daß er ein Schurke war, verzieh man ihm, weil er es geschickt war. Aber hierbei verließ ihn seine Geschicklichkeit, und es blieb nur die Schurkerei, die allen offenkundig geworden war. Man vergesse nicht, daß, wenn er Boulanger besiegte, dies nur mit Hilfe der Mittel jenes geschah, und ihre verständnißvolle Anwendung ließ vermuthen, daß er ihren Gebrauch gewöhnt sei. Das Gemetzel von Fourmies hatte den sanftmüthigen Freycinet, der als „weiße Maus"*) den Lärm nicht liebt, aufgeschreckt. Man fürchtete unzweifelhaft, daß er einen zweiten Fehler dieser Art begehen könne, — und das ist ja in der Politik schlimmer als ein Verbrechen. — Nun sind wir also ihn, der uns Boulanger abschüttelte, los, und er kann jetzt seinem Vorgänger in die Vergessenheit nachfolgen, wenn man nicht etwa einmal im gegebenen Augenblick einen Gewaltstreich nöthig hat.

Keinesfalls wird der 1. Mai diese Gelegenheit bringen. Er verspricht uns in diesem Jahre eine gewaltigere und friedlichere Kundgebung zu bringen, als je zuvor. Man wird dies Mal kein Mittel haben, den Ansammlungen entgegenzutreten, weil sie auf dem Wege zur Abstimmung erfolgen werden. Die Gemeinderaths-Wahlen, zu denen sich unsere Anhänger in ganz Frankreich mit unserm Programm von Lyon gerüstet haben, gewinnen durch ihr Zusammenfallen mit der Maifeier eine doppelte Bedeutung für uns. Sie werden von der gesammten Arbeiterschaft Frankreichs unter dem gleichen Programm und mit den gleichen Aufrufen vollzogen werden.

Als wenn diese politischen Verhältnisse nicht genügten, kommt uns auch noch die wirthschaftliche Krisis zu Hilfe. Die neuen Zölle auf Lebensmittel haben überall die lebhafteste Entrüstung hervorgerufen, außer natürlich bei denen, welchen sie nützen. Ueberall sind die Lebensmittelpreise gestiegen, aber diesmal werden nicht die Freihändler um Léon Say und Lockroy den Nutzen aus dieser Erregung der Geister ziehen, sondern wir. Die Arbeiterpartei allein hat durch den Mund Lafargue's gegen diese mörderischen Zölle protestirt, und als unser Freund die Spekulationen der Großen aufdeckte, da verlangten unsere Manchesterleute, die Freihändler, eine Verschiebung der Diskussion auf später, um abzuwarten, bis die Lage schlecht genug sei, um nicht mehr gebessert zu werden. Selbst Mons. Méline, der Schutzzöllner par excellence, ist achtungswerther, als diese Anhänger der Doktrin des Gehenlassens. Vom politischen Standpunkt aus erhielt die Interpellation Lafargues natürlich die Ehren eines Begräbnisses erster Klasse, aber die Zeitungen, unter andern auch die „Débats", mußten doch anerkennen, daß seine Worte eine gewisse Berechtigung hatten, und daß die von ihm gezeichneten Mißbräuche sehr wohl bestanden. So hat, wie unsere Freunde in Deutschland, auch unser Vertreter in der Kammer zur Schutzzoll-Freihandelsfrage Stellung genommen und durch seinen Protest gegen alle Schutzzölle sich allein der einzig Ausgebeuteten, der einzigen Opfer dieser Zölle angenommen. Wir wollen ein Beispiel hiervon geben: Als Lafargue zeigte, daß die verhängnißvolle Folge dieser Zölle eine Verminderung der Arbeit sei, rief ihm Jemand aus der Mitte zu: „Das ist der Triumph Ihrer Ideen", und zeigte so die glänzende Unwissenheit der französischen Bourgeoisie in wirthschaftlichen Dingen.

In der That haben sich in Troyes und notorisch auch in Fourmies die Fabrikanten über eine Verkürzung der Arbeitszeit, im letzteren Ort auf 6 Stunden, und, wie es so bei Kapitalisten Sitte ist, über eine entsprechende Herabsetzung der Löhne verständigt, denn die von jenen Zöllen betroffenen Ausfuhr-Industrien müssen sich doch entschädigen, wie Lafargue sagte.

Im Anschluß an diese Propaganda in der Kammer, oder vielmehr mit Hilfe der Kammer veranstalten unsere Freunde Guesde und Lafargue Versammlungen über Versammlungen, um aus der bestehenden Erregung möglichst viel Nutzen zu ziehen, und diese Propaganda wird bei den nächsten Gemeinderaths-Wahlen ihre Früchte tragen. Während die Radikalen sich mit einem platonischen Protest begnügen, während gewisse Gewerkschaftler, wie Lamendin,*) einer vom Schlage der Burt, den Singer im Reichstage mit Recht nicht als Sozialisten anerkannte, und Basly sich für Schutzzöllner erklärten und Dankschreiben an Freycinet richteten, weil er die Bergarbeiter um ihren letzten Streik betrogen hatte, nimmt die französische Arbeiterpartei jenseits von Schutzzoll und Freihandel auf dem sozialistischen Boden des Klassenkampfes Stellung.**)

*) „Souris blanche" der Spitzname des jetzigen Kriegsministers in politischen Kreisen.

*) Durch das Urtheil unseres französischen Korrespondenten wird natürlich unsere gestrige Notiz korrigirt. Red. d. V.

**) Der fragliche Lamendin erklärte, „den letzten Streik im Departement Pas de Calais bekämpft und alles gethan zu haben, um eine Fortsetzung der Arbeit zu erreichen." Basly trat in der Kammer für die Zölle auf Getreide und Mehl ein, und fügte hinzu, daß man es ihm zu danken habe, wenn ein Zoll auf Brot gelegt sei. — Und all dies, um einige Bourgeoisstimmen zu kapern. (Anm. des Korrespondenten.)

Parteinachrichten.

Aus der sozialdemokratischen Presse:

Chemnitzer „Beobachter": „Die Rohheit und Rauflust der Korpsburschen paart sich mit einer Aufgeblasenheit und Einbildung, einer Selbstüberhebung und Selbsterhebung, die ihres Gleichen suchen und die einen neuen Beweis für den engbegrenzten geistigen Horizont der Herrchen abgeben. Wer hat diese nicht schon durch die Straßen der Universitätsstädte stolziren sehen, jene schneidigen Jünger der Wissenschaft mit ihren bis in den Nacken gescheitelten und mit einigen Büchsen Pomade vollgeschmierten Haaren, ihren hochgetragenen bekneiferten Nasen, ihren feingedrehten Schnurrbärten, ihren enganliegenden Röchen, kurzen Jäckchen und spitzen Schuhen, ihren aufgedunsenen bornirten Gesichtern und ihren feinen Rohrstöckchen oder dicken Knüppeln, mit denen sie Nachts, wenn sie aus ihren Kneipen kommen, wo sie ihrer geistigen Zurechnungsfähigkeit vollständig verlustig gegangen sind, die Laternen einschlagen, die friedlichen Bürger belästigen und die Nachtwächter durchprügeln? Wahrlich an Schneidigkeit fehlt's jenen hoffnungsvollen Jünglingen auch nicht und schon manches junge Backfischchen hat sein kleines Herz an einen dieser forschen Musensöhne verloren und sich bethören lassen durch die Lügenreden eines solchen frechen Patrons, der auf die Ehre eines armen Mädchens pfeift und sich feig aus dem Staube macht, wenn sich die Folgen der Befriedigung seiner viehischen Begierden zu zeigen beginnen. Schneidigkeit ist das höchste und einzige Ideal, welches der deutsche Student kennt, Schneidigkeit in der Kleidung, Schneidigkeit in Worten und Gebärden. Da darf man sich dann nicht wundern, wenn der spätere Beamte auch nichts höher zu schätzen weiß, als die Schneidigkeit gegenüber den unter ihm Stehenden, gegenüber dem gemeinen Volk, gegenüber den Bestrebungen der Arbeiter! Ist doch der Beamte die Fortsetzung des Studenten, geht doch das ganze Streben des bummelnden Musensohnes dahin, dereinst aus der Staatskrippe ernährt zu werden, Karriere zu machen, zu Rang, Macht und Einfluß in der Gesellschaft zu gelangen. Und deshalb paart sich vielfach mit der Schneidigkeit und dem brutalen Auftreten nach unten die Kriecherei, Bauchrutscherei und Speichelleckerei nach oben, deshalb singt die deutsche Jugend bei allen patriotischen Festen ihre Sauf- und Vaterlandslieder, deshalb schreit sie mit ihren Bierkehlen Hurrah, deshalb hetzt und schürt sie den Rassenhaß gegen unsere jüdischen Mitmenschen."

Frankfurter „Volksstimme" zur „lex Heinze": „Da die Erfahrung gezeigt hat, daß eine völlige Ausrottung der Prostitution im Wege der strafrechtlichen und polizeilichen Repression unausführbar ist, so ist die Gesetzgebung genöthigt, mit den in dieser Hinsicht vorhandenen thatsächlichen Verhältnissen zu rechnen", so heißt es wörtlich in der Begründung! Durch dieses offene Eingeständniß wird unsere gepriesene, herrliche, „sittliche", bürgerliche Gesellschaftsordnung auf das Unbarmherzigste verurtheilt."

Elberfelder „Freie Presse": „Die Quelle alles Elendes, von welchem das arbeitende Volk heimgesucht wird und der Noth, unter welcher es so außerordentlich schwer zu leiden hat, ist der Umstand, daß es seinen einzigen Besitz, den es zu verwerthen hat, seine Arbeitskraft, nicht anders verwerthen kann, als daß es dieselbe den Inhabern der Arbeitsinstrumente käuflich überläßt. So lange dieser Zustand besteht und fortexistirt, so lange wird auch das arbeitende Volk von dem Elend heimgesucht und unter zuweilen härteren, zuweilen weniger fühlbarem Nothstand zu leiden haben. Von dieser Ueberzeugung ausgehend, sind die Bestrebungen der Sozialdemokratie darauf gerichtet, den Privatbesitz an den Arbeitsmitteln aufzuheben und dieselben in gesellschaftliches Eigenthum überzuführen. Aus diesen Bestrebungen ergiebt sich von selbst, daß die sozialdemokratische Partei vorerst eine reine proletarische ist und sein muß. Nur die von allen Arbeitsmitteln entblößten Arbeiter haben ein Interesse daran, ihre Arbeitskraft nicht bis in alle Zukunft an die Besitzer der Arbeitsinstrumente zu verkaufen, denn das Gegentheil besagte eine Verewigung des Elends, der Noth, der Abhängigkeit und der Knechtschaft in jeder Form. Nicht eine Kategorie der Besitzer der Arbeitsinstrumente, so bitter sich dieselben vielleicht auch im wirthschaftlichen Konkurrenzkampf befehden oder als politische Parteien mit Schmutz und Koth bewerfen, wird die Bestrebungen der Sozialdemokratie unterstützen; denn trotz aller häuslichen Zwistigkeiten haben die bürgerlichen Parteien und Klassen die Erhaltung des Privateigenthums an den Arbeitsmitteln und demgemäß den Haß gegen die Sozialdemokratie gemeinsam. Einzelne edelgesinnte Menschenfreunde aus den bürgerlichen Klassen haben zwar von Anfang an der Bewegung angehört, und ein dankbares Andenken wird das arbeitende Volk stets jenen hochherzigen Männern bewahren, die ausgestattet mit den glänzendsten Geistesgaben, Rang, Titel, Ansehen und Karriere von der Hand wiesen und die Fahne des Sozialismus ihm vorantrugen; doch im Großen und Ganzen ist es die Thatkraft des arbeitenden Volkes und die durch die Bethätigung einer erstaunlichen Opferwilligkeit errungenen Erfolge, welche jetzt die Vertreter der privilegirten Wissenschaften zwingen, sich in Untersuchungen und Erörterungen über die soziale Frage einzulassen."

* * *

Einen glänzenden Sieg errangen unsere Parteigenossen bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Charlottenburg. Es wurden Stimmen abgegeben im

1. Bezirk	352	sozialdem.,	57	freis.,	zersplittert	6 St.
2. „	349	„	53	„	„	7 „
3. „	929	„	40	„	„	6 „

in Summa 1630 sozialdem., 150 freis., zersplittert 19 St.

Genossen — schreibt das Komitee — es ist das der erste Sieg, den wir hier zu verzeichnen haben. Wir wollen unentwegt für das Allgemeinwohl so weiter kämpfen, wie bisher, damit aus der nächsten Reichstagswahl unser Kandidat gleichfalls als Sieger hervorgeht.

* * *

Der „Leipziger Wähler" ersucht die Arbeiter, sich von allen Ansammlungen auf Straßen oder Plätzen fern zu halten. Es habe den Anschein, als ob gewisse unsaubere Elemente eifrig bemüht wären, bald hier bald dort eine Ansammlung zu veranstalten. Man solle allen Provokationen, gleichviel von wem sie ausgehen, von vornherein ausweichen. Von Unruhen oder Ausschreitungen hätten lediglich die Gegner Vortheil, während der Arbeiterschaft daraus nur Stricke gedreht würden. — Mögen die Parteigenossen überall scharfäugig auf der Hut sein. Die Mühle der Reaktion läuft trocken; Krawalle sind frisches Wasser für ihre Räder.

* * *

In Wandsbeck trat am Sonntag eine Konferenz der Sozialdemokratie des 8. schleswig-holsteinschen und des 10. (lauenburger) Reichstags-Wahlkreises zusammen. Dieselbe war von 28 Delegirten besucht. Man beschloß die Drucklegung des von einer Kommission ausgearbeiteten Organisationsplanes für beide Wahlkreise und wählte Altona zum Sitze der Zentralstelle der Organisation. Hervorgehoben wurde, daß die in den größeren Orten wohnenden Genossen sich in den Gedankengang der Landbevölkerung mehr hineinleben müßten und zwar in Rede und Schrift. Wahlvereine könnten nicht überall gegründet werden, besser sei die Agitation von Mund zu Mund.

* * *

Die Thüringer Sozialdemokratie hat einen „Thüringer Arbeiter-Sängerbund" gegründet, dessen Vorstand in Erfurt domizilirt. Anfragen und Zuschriften sind zu richten an den Vorsitzenden M. Pätzold, Albrechtstraße 40, Geldsendungen an den Kassirer H. Eckhardt, Gotthardtstraße 54, beide in Erfurt.

* * *

Betheiligung an den Gemeindewahlen beschlossen die Sozialdemokraten in Kröllwitz bei Halle.

* * *

Zur Taktik der Ordnungsparteien. In eine Volksversammlung zu Eisleben schlich sich ein Büreauschreiber des Bergamts, welcher sich mit falschem Bart und blauer Brille aufgeputzt hatte. Man entfernte den Mann, der für den Berichterstatter des Herrn Leuschner gehalten wird, aus dem Saale, gab ihm freundliche Grüße an seine Auftraggeber mit auf den Weg und trug ihm auf, denselben mitzutheilen, doch selber in die Versammlungen zu kommen, womit sie den Sozialdemokraten großes Vergnügen bereiten würden.

* * *

In der Eifel — schreibt man uns — ebnen Geistliche und größere Grundbesitzer uns den Weg. In Manderscheid hat der Pfarrer dafür gesorgt, daß auswärtige Tabakfabriken dort Zigarren machen lassen. Er hat's gewiß gut mit seinen Pfarrkindern gemeint, denen er „Verdienst" schaffen wollte. Nachdem sie aber der Industrie einverleibt, werden sie sich auch der Arbeiterinteressen bewußt werden. Hoffentlich wird Manderscheid bald ein Ausgangspunkt für die Landagitation. — Die Wittlicher Tabakspflanzer haben viel unter der Tabaksteuer und den damit verknüpften Scherereien und Strafen zu leiden; die größeren Pflanzer vergessen unterdessen nicht, an der Expropriation ihrer kleinen Kollegen weiter zu arbeiten. Kürzlich trat einer mit dem Vorschlag in der liberalen „Trier. Ztg." hervor, die Tabakfabriken möchten mit den „zuverlässigeren" Pflanzern kontraktliche Abschlüsse machen, wonach sie, ähnlich wie die Zuckerfabriken, sich im Voraus zum Ankauf der ganzen Ernte verpflichteten. Da die Tabakfabriken nicht mit jedem kleinen und kleinsten Bäuerlein einen Vertrag machen würden, so ginge die verhältnißmäßig lohnende Tabakkultur allein in die Hände der größeren Besitzer über. Die Folge wäre ein beschleunigter Auskauf der Kleinbauern und unterdessen Klärung der Klassengegensätze auf dem Lande.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Majestätsbeleidigungs-Prozesse und kein Ende! Gegen den verantwortlichen Redakteur Franz Dergel von der „Sächs. Arbeiter-Zeitung ist ein solcher Prozeß wegen einer in der Nr. 39 vom 17. Februar veröffentlichten Notiz eingeleitet worden, die sich mit der provozirenden Rede des Freiherrn v. Stumm beschäftigte.

— Wegen zu später Anmeldung neu aufgenommener Mitglieder erhielten der Vorsitzende und der Schriftführer des Brandenburger Wahlvereins Strafmandate von je 20 M. Es wird Berufung eingelegt.

Literarisches.

Frisch auf! Illustrirte Zeitung für Natur- und Wanderfreunde. Herausgegeben von Dr. Langmann, Berlin S. Erscheint am 1., 10. und 20. jeden Monats. Preis pro Quartal 1,25 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Post-Anstalten.

Werra, Theobald. Preußen an der Kulturbremse. Die neue Volksschulgesetz-Vorlage und ihre unausbleiblichen Folgen Leipzig, Verlag von Ernst Wiest. 1892.

Theater.

Mittwoch, den 9. März.

Opernhaus. Keine Vorstellung.
Schauspielhaus. Keine Vorstellung.
Deutsches Theater. Des Meeres und der Liebe Wellen.
Lessing-Theater. Paragraph 330. Fünf Dichter.
Berliner Theater. Die Königsbrüder.
Residenz-Theater. Riquette (Ma Cousine).
Wallner-Theater. Yvette. Vorher: Ein berühmter Mitbürger.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Das Sonntagskind.
Thomas-Theater. Die Hochzeit des Reservisten.
Bellealliance-Theater. Onkel Bräsig.
Ostend-Theater. Die Geyer-Wally.
Adolph Ernst-Theater. Der Tanzteufel.
Keenpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Konkordia-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstrasse 77—79.
Heute, sowie täglich:

Gr. Freikonzert.

Anfang Wochentags 7½ Uhr, Sonntags 20 Pf. Entree. Anfang 6 Uhr.
Empfehle meinen berühmten **Mittagstisch à la Duval. Diner à 1 Mark.**
3 Kegelbahnen, 6 Billards, 2 Säle. 1169L
Sowie täglich:

Gr. Bock-Ausschank

aus der Berliner Bock-Brauerei.

Castan's Panopticum

Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.
Interessanteste Völkerschaft Inner-Afrikas:

Schuli

b. Emin Pascha-Reich.

30 Personen, Männer, Frauen, Kinder.

Vorstellungen: 11, 12 u. 1 Uhr Vormittags, — 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr Nachmittags.
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

Passage-Panopticum.

Lebensgrosse Wachsfiguren und Gruppen, Dioramen.
Sündfluth-Panorama mit Gewitter.
Im **Theater-Saal** (ohne Extra-Entree): Täglich v. 6 Uhr ab Vorstellung von Spezial. I. Rang.
Entree 50 Pf.

Präuscher's anat. Museum.

Schluss unwiderruflich am 30. März.
Influenza und vieles andere neu!
Täglich für erwachsene Herren.
Damen-Tag jed. Dienstag und Freitag.

Wo speisen Sie?

In der alt. pommerschen Küche, Oranienstr 181, Hof pt. bei **Klein!** Frühst. 30 Pf., Mittagstisch mit Bier 50 Pf., Abendtisch von 30 bis 50 Pf, nach Auswahl. 1896Q

KRONENGARN.

Elegante 2047L
Einsegnungs-Anzüge

in Jaquet-Façon, blau u. schwarz, in nur guten Stoffen von 15 M. an.
Julius Lindenbaum,
Berlin O., Frankfurterstr. 139.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
C. Tausendfreund,
Fehrbelliner-Strasse No. 78, nahe Weinbergsweg. [2066 L
Solide Arbeit. Billigste Preise.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Circus Renz.

Karlstraße.

Mittwoch, den 9. März 1892, Abends 7¼ Uhr: **„Auf Helgoland“** oder: **Ebbe und Fluth.** Große hydrologische Ausstattungs-Pantomime in 2 Abtheilungen vom Direktor **E. Renz.** National-Tänze (65 Damen) 2c. Einlage: **Tscherkessen.** Dampfschiff- u. Bootfahrten, neue überraschende Licht- und Feuereffekte. **80 Fuss hohe Riesenfontaine.** Außerdem: Auftreten der **Gebr. Rasso.** Zum 1. Male in Berlin. 1. Heben eines Orchesters von 12 Mann. 2. Trägt **Ferdinand Rasso ein Klavier sammt Pianist, Flötist u. Violinist, welche schwebend eine Konzertpièce vortragen. 6 irländische Jagdpferde** (Original-Dressur), zus. dress. und vorgeführt von Herrn **Franz Renz. Trepido,** geritten von der Schulreiterin Fräul. **Oceana Renz. Jeu de la rose, fantasie equestre,** ger. v. Frl. **Clotilde Hager** und **Mlle. Theresina. Sisters Lawrence am fl. Trapez.** Auftreten der **Mlle. Edith, Miss Rosa,** Reitkünstlerinnen. **Mr. Jules,** Jockeyreiter, 2c. Komische **Entree's und Intermezzo's von sämmtl. Clowns.**
Täglich: **Auf Helgoland.** Sonntag: Zwei Vorstellungen.
E. Renz, Direktor.

Donnerstag, den 24. März:
Abschieds-Vorstellung.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstr.

Heute Abend 7½ Uhr: Gr. Extra-Vorstellung mit neuem, vorzüglich gewähltem, aus den besten Repertoire-Nummern bestehendem Programm. Auftreten des anerkannt besten Schulreiters der Gegenwart
Mr. James Fillis
mit seinem Schulpferde **„Markir“.**
Zum Schluß der Vorstellung, neu einstudirt:
„Eine Nacht in Venedig.“
Gr. kom. Original-Wasserpantomime.
Donnerstag, den 10. März: **Grosse Gala-Benefizvorstellung** für die **beliebte Schulreiterin Frl. Adele Schumann.** Mr. James Fillis mit seinem Schulpferde „Germinal“.
Sonntag, den 13. März: Zwei Vorstellungen. Zum letzten Male: Circus unter Wasser. „Eine Nacht in Venedig.“

Unserm Genossen **Franz Gleinert** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch für Dein unermüdliches Aushalten, trotz der Anfeindungen von Elementen, welche Dich in Verruf eines Geschäftssozialisten bringen wollten. Fahre man so weiter fort, es wird ihnen nicht gelingen. 1797b
Die Alten vom Wedding:
R. T. F. V. H. G.

Meinem vielgeliebten Sangesbruder **Fritz Sauer** zu seinem 25. Wiegenfeste ein donnerndes Lebehoch.
1798b **Freund Heinrich.**

Danksagung.
Allen Freunden, Bekannten und Genossen meinen tiefgefühlten Dank für die letzten Ehren- und Kranzspenden am Grabe unserer unvergeßlichen, guten Tochter **Margarethe.** 385/14
W. Schulze u. Familie, Mulackstr. 17.

Arbeiter-Gesangverein „Nord“.
Am Sonntag, den 13. d. M., findet eine **Herrenpartie** nach Schmargendorf statt. Treffpunkt Morg. 7½ Uhr Stadtbahnhof Börse. Freunde und Genossen sind hiermit freundlichst eingeladen. **Der Vorstand.** [1801b

Spandau.
Versammlung

des freidenkenden **Lese- und Diskutir-Klubs**
„Hasenclever“
am Donnerstag, den 10. März, Abends 8 Uhr, 403/20
bei **Radke, Neunmeisterstraße 5.**
Gäste willkommen. **Der Vorstand.**

Die dem Tischlergef. **W. Schröder** zugefügte Beleidigung nehme ich hiermit zurück und erkläre denselben für ehrenhaft. 1806b
H. Helbig.

Künstliche Zähne 2 Mark.
Plomben von 1,50 M. an. **Schmerzloses Zahnziehen 1 M. Sprechstunden 8—7 Uhr.** Zahnarzt **Robert Wolf,** Chausseestr. 123, am Oranienb. Thor.

Wer leiht einem armen Gen. 50 M.? Monatl. Abzahlg. 5 M. **Liebich,** Griebenowstr. 23, im Keller. 1804b

Sozialdemokr. Partei-Versammlung

für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis
am Mittwoch, den 9. März, Abends 8 Uhr, in Lehmann's Salon, Kreuzbergstraße 48.
(Früheres „Thürmchen“.)

Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Der Pauperismus.“ Referent **Dr. Bruno Schönlank.** 2. Diskussion. 3. Die Maifeier, resp. Wahl einer Kommission zur Arrangirung desselben. 4. Wahl einer Kommission zur Untersuchung eines Streitfalles.
Zahlreiches Erscheinen der Genossen erwartet
450/4 **Der Vertrauensmann.**

5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Große öffentliche
Volks-Versammlung

am Mittwoch, den 9. März, Abends 8½ Uhr, im Saale „Altes Schützenhaus“, Linienstraße 5.

Tages-Ordnung:
1. **Die nationale und internationale Bedeutung der Maifeier.** Referent Reichstags-Abgeordneter **Fritz Kunert.** 2. Diskussion. 3. Wahl eines Lokal-Festkomitees.
382/13 **Der Vertrauensmann.**

Freie Vereinig. der in der Blumen u. Putzfedern-Branche

und verwandten Berufe (Perlbranche) beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend.
Sonnabend, den 12. März, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstrasse 20:

Soirée und Kränzchen

unter Mitwirkung eines Gesang-Vereins vom Arbeiter-Sängerbund und bewährter Solisten.
Entree inkl. Tanz Herren 50, Damen 25 Pf. **Anfang 8½ Uhr.**
Billets sind bei folgenden Kommissions- und Vorstandsmitgliedern zu haben und können sich daselbst auch neue Mitglieder aufnehmen lassen: Frau Goldacker, Dresdenerstr. 13, Hof 2 Tr.; Frl. Neuendorf, Inselstr. 1; Frl. Hahn, Sophienstr. 34, Hof 2 Tr.; Frl. Jakoby, Rüdersdorferstr. 44; Frl. Schneeweiß, Moabit, Bandelstr. 16; Frau Wirnstätt, Friedrichshagen, Kurzestraße 8, 2 Tr.; Fritz Jäger, Brandenburgstr. 54, Hof 4 Tr.; W. Jäger, Rixdorf, Herrmannstr. 34, 1. Aufg. 1 Tr. 87/1
Abendkasse findet nicht statt.
Im Auftrage der Kommission: **W. Jäger.**

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Oeffentliche sozialdemokratische
Volks-Versammlung

am Donnerstag, den 10. d. M., Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Hoffmann, Bergstrasse No. 133.

Tages-Ordnung:
1. Die Bedeutung des 1. Mai. Referent Reichstags-Abgeordneter **Förster.** 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zum 1. Mai resp. Wahl eines Fest-Komitees. 4. Mittheilungen der Vertrauensleute.
Zahlreiches Erscheinen der Genossen erwartet
421/7 **Der Vertrauensmann.**

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Soeben erschien:
Heft 13
der
Reden und Schriften Ferd. Lassalle's
(Vollständig in ca. 50 Heften à 20 Pf.)
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungsspediteure und Kolporteure entgegen.

GESCHÄFTSHAUS S. HEINE
Die Firma besteht seit 1873.
Neuheiten
für die **Frühjahrs- u. Sommersaison** in
Kleiderstoffen.
Reichhaltige Sortimente im neuesten englischen Geschmack, Meter von 1 Mark an. 2100L
Die schönsten Kinderkleider
für Mädchen jeden Alters, sowie **Morgenröcke, Unterröcke, Blousen** und **Schürzen** in größter Auswahl vorräthig, eventuell Maaßanfertigung schnell!
Reste u. einzelne Roben spottbillig!
BERLIN N. CHAUSSEESTR. 14.

C. Königsfeld, Uhren- u. Goldwaaren-Geschäft. **Reinickendorfer-Str. 69.**
Größte Auswahl. Reparaturen gut und billig. 2017L.

Rohtabak **A. Goldschmidt,** Spandauerbrücke 6, am hiesigen Platze bekanntlich **Größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. **A. Goldschmidt,** Spandauerbr. 6, am Hacke'schen Markt. 2069L.

In meiner 2029L
zahnärztlichen Poliklinik,
Oranienstr. 55, geöffnet Vormittags v. 8—9, Nachm. 1—3 u. 5—6, werden Zähne unentgeltl. gezogen. Für Plombirungen werden 1 M. und künstliche Zähne 2 M. gezahlt. Privat-Sprechstunden 9—1 und 3—5.
Prakt. Zahnarzt **J. Semmel.**

Das weltbekannte
Bettfedernfabrik-Lager von **Gustav Lustig,** Berlin, Prinzenstr. 43, versendet gegen Nachn. (nicht unter **10 M.**) **garantirt neue vorzüglich füllende Bettfedern,** Pfund 55 Pf., **Halbdaunen,** das Pfd. 1,25 M., h. weiße Halbdaunen, das Pfd. 1,75 M., **vorzügliche Daunen,** das Pfd. 2,75 M. **Von diesen Daunen genügen 3 Pfd. zum grössten Oberbett.** 2054L
Verpackung wird nicht berechnet.

Achtung! Kein Laden.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg. 1785L **H. F. Dinslage,** Kottbuserstr. 4, Hof part.

Mehl-, Vorkost-, Holz- u. Kohlengeschäft mit Rolle zu verk. wegen Aufgabe des Geschäfts. **Jung,** Boppstr. 1.

Die rühmlichst bekannte
Betten-Fabrik
von 2084Q
R. Kirschberg
1b Spandauer Brücke 1b
Gegr. 1870 verkauft **streng reell**
Neue Bettfedern Pfd. 0,50 bis zu den allerbest. **nur 3, prima Halbdaunen 1,10 1,50 M.**
Daunen Chinesische von vorzüglicher Füllkraft **2,50, 3,— Mk., allerfeinste Schwanen-Daunen 4,50, 6,— Mk.**
Complette Betten, grosse neue: Oberbett, Unterbett, **2 Kopfkissen** in guter Federfüllung **12, 15, 20 Mk.** bis zu den allerfeinsten Brautbetten, **enorm billig. Theilzahlung gestattet.**
Matratzen Rosshaar, Indikfaser, Seegrasmatratzen nur 3,75 M., Bettstellen 4,50, Feldbetten nur 8,50 Mk.

66. Resterhandlung. 66.
Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl zu Paletotstoffen, sowie zu Damen-Wintermänteln, Jackets, Double, Plüsch, Pelz, Krimmer, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen. 1911L
Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.
66. Karle, Waldemarstrasse 66.

Zahnärztliche Poliklinik.
Zahnarzt **Maschke,** Markgrafenstr. 78, II. Sprechst.: 8—9, 5—6½ Uhr. [1403b

Betten, schöner Stand, neu, sof. für 22 M. z. vk. Britzerstr. 10 v. p.

Schank-Utensilien zu verkaufen Pücklerstr. 59, Hof 2 Tr. r. [1796b

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23** H. p.

Arbeitsmarkt.

Wagenlackirer verl. **Matzker,** Neu-Weißensee, Gustav-Adolfstr. 167.

Einen Grundirmeister n. außerhalb verlangt der **Arbeits-Nachweis der Vergolder.** 327/4

Lehrmädchen für Schuhwaaren-Geschäft verlangt gegen 10 Mark Monatsgehalt **J. Ahler,** Gollnowstr. 31 a. [63/8

Zitherspieler, guter, zum kl. Ensemble. Off. unter **A. I.** Exped. dies. Ztg.

Teppiche

in allen Arten und Größen **kleiner Musterfehler wegen** offeriren sehr billig.
Portièren, Gardinen, Steppdecken
in den geschmackvollsten Ausführungen zu anerkannt billigen Preisen. 477M
Reste
von **Plüschen, Fantasiestoffen, Damasten und Ripsen,** passend für Sophas und Garnituren, zur Hälfte des früheren Kostenpreises.
J. Adler Söhne,
Teppichfabrik,
Spandauer-Strasse 30, gegenüber dem Rathhause.

Brockhaus oder **Meyers Lexikon** kauft **A. Sauer,** 494M Rüdersdorferstr. 36.

Empfehle den Vereinen und Genossen meine Saaldekoration mit Fahnen, Bannern und großer Lassalle-Büste zu jeder Festlichkeit. **Otto Arendt,** Friedenstr. 78, part. 1998Q

Zither- Unterricht erth. Wrangelstr. 91, 2. Hof, Seitenfl. 3 Tr. links.

Gut erhaltene **Möbel** sind zu verk. Waldstraße 32, Hof 1 Tr. bei **Loreux.**

Ostfries. Kalbfleisch 9 Pfd. **franko** Nachnahme 3 bis 4 M. 1778b
Jacob Michel de Boer, Emden.

Dresdenerstr. 86 Kellereien für Bierverlag o. dgl. u. ein Keller f. Geldgießerei z. verm. Näheres beim Wirth **Freund,** An der Jerusal. Kirche. 2.

Umstände halber ist z. 1. April eine Wohnung, Stube u. Küche, zu verm. Zu erfragen b. Sawoski, Havelbergerstraße 33/34, Seitenfl. II. 2102L

1 Laden m. Wohnung, 3 Jahre hat ein Putz- und Posamentengeschäft best., auch schöne große u. kleine Wohnungen vorn u. hinten, alles neu u. sehr trocken, sind sofort z. vermiethen Reinickendorferstraße 47, b. Zimmermann. 1656b

KRONENGARN.

Verantwortlicher Redakteur: **August Enders** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 58. Mittwoch, den 9. März 1892. 9. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

190. Sitzung vom 8. März. 12 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Maltzahn, v. Marschall.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation der Abgg. Siegle und Schenk von Stauffenberg, welche vom 10. Dezember 1891 datirt und folgenden Wortlaut hat:

1. Gedenkt die Reichsregierung die Bedingungen des amerikanischen Gesetzes für die Anwendung desselben auf deutsche Reichsangehörige zu erfüllen und wird sie dem Reichstage eventuell hierüber eine Vorlage machen?

2. Gedenkt die Reichsregierung den Abschluß eines Vertrages mit der österreichisch-ungarischen Regierung anzubahnen, durch welchen den bestehenden Mängeln abgeholfen und insbesondere die Ausdehnung des Urheberschutzes auf die gesammte österreichisch-ungarische Monarchie herbeigeführt wird?

Nachdem Staatssekretär v. Marschall sich bereit erklärt hat, die Interpellation sofort zu beantworten, führt zur Begründung derselben

Abg. **Siegle** (natl.) aus, daß der Schutz der deutschen Urhederrechte an Werken der Literatur und Kunst im Allgemeinen in außerdeutschen Staaten ein sehr mangelhafter sei, hauptsächlich in Beziehung auf die Vereinigten Staaten und Oesterreich-Ungarn. Durch die unsaubersten Manipulationen werden die deutschen Autoren in schlimmster Weise benachtheiligt.

Staatssekretär **von Marschall**: Die erste Frage der Herrn Interpellanten hat durch den am 15. Januar zu Stande gekommenen Abschluß eines Uebereinkommens zwischen dem Reich und den Vereinigten Staaten über den gegenseitigen Schutz der Urheberrechte ihre Erledigung gefunden. Was die zweite Frage betrifft, so können wir sie mit Ja beantworten. Die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes und Verhältnisses zu Oesterreich-Ungarn ist nicht erwünscht. Infolge der Interpellation ist unsererseits die Anfrage nach dort gerichtet worden, ob Geneigtheit zum Abschluß einer Literarkonvention mit uns bestehe. Diese Frage ist bejahend beantwortet worden; wir werden zunächst innerhalb unseres Ressorts in Erörterungen treten und dann direkt mit Oesterreich-Ungarn verhandeln; wir hegen die begründete Hoffnung, daß schon im Anfang der nächsten Session ein entsprechender Vertrag Ihnen vorgelegt werden wird. (Beifall.)

Eine Besprechung der Interpellation wird nicht beantragt; der Gegenstand ist damit erledigt,

Es folgt die erste und zweite Berathung des am 15. Januar in Washington abgeschlossenen Uebereinkommens zwischen dem Reich und den Vereinigten Staaten über den Schutz der Urheberrechte.

Abg. **Dietz** (Soz.): Der Vertrag mit den Vereinigten Staaten ist für die deutsche Kunst und für den deutschen Autor ein recht schlechter zu nennen. Es kommt mir vor, daß wir mit Scheffeln geben und nur eine Hand voll bekommen. Wer das nordamerikanische Gesetz über das Urheberrecht kennt, wird sich fragen: wie um Alles in der Welt soll der deutsche Autor oder Künstler seine Sachen in Amerika zur Anmeldung bringen? In Nordamerika wird Alles an ein bestimmtes Datum geknüpft; wer nicht vor der Veröffentlichung im Auslande den gedruckten Titel eines Buches einreichen kann, kann das Urheberrecht dort nicht erwerben, und ferner muß er nicht später als am Tage der Veröffentlichung ein Exemplar einreichen. Wie sollen das die Deutschen machen? In Leipzig existirt allerdings eine sogenannte Eintragsrolle, diese schützt aber nur Werke, die in Deutschland erscheinen, insofern als die Werke in einer gewissen Frist nicht übersetzt werden dürfen ohne Erlaubniß der Autoren. Die deutsche Regierung hätte in dem Vertrage mindestens eine Zentralstelle in Deutschland sichern müssen, bei welcher die Eintragung auch für Nordamerika rechtsgiltig erfolgen könnte. Unser deutsches Urheberrecht ist in der That ein so liberales, ein so vollkommenes, wie kein anderes in der Welt, während das nordamerikanische ganz auf der Stufe der Mac Kinley-Bill steht. Gelingt es nicht, eine solche Zentralstelle zu schaffen, so ist dieser ganze Vertrag höchst überflüssig.

Nachdem Abg. **Siegle** sein Einverständniß mit diesen Ausführungen erklärt, wird der Vertrag in zweiter Lesung ohne Debatte unverändert angenommen.

Darauf setzt das Haus die Etatsberathung fort.

Zum Etat des allgemeinen Pensionsfonds haben die deutschkonservativen Abgg. Graf Douglas, von Manteuffel und Menzer eine Resolution eingebracht, worin die verbündeten Regierungen ersucht werden, dem Reichstag möglichst noch in dieser Session einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, durch welchen eine Abänderung der Militärpensions-Gesetzgebung dahin vorgenommen werden soll, daß das Recht auf den Bezug der eigentlichen Pension erst ruhen soll, wenn die nachstehenden Klassen im Reichs-, Staats- oder Kommunaldienst unter Zurechnung der Militärpension ausschließlich der Pensionserhöhungen mehr als folgendes Gesammt-Diensteinkommen beziehen: a) Offiziere und im Offiziersrang stehende Militärärzte 6000 Mark; b) Feldwebel 1500 M.; c) Sergeanten und Unteroffiziere 1200 M.; d) Gemeine 700 M.; e) Unteroffiziere von 12jähriger aktiver Dienstzeit 1800 M.

Abg. **Menzer** (dk.) befürwortet die Annahme des Antrages. Nebenher regt Redner an, gesetzgeberische Vorkehrungen zu treffen, daß ein Theil der Pension im Interesse der Relikten in Lebensversicherungen angelegt werden könne.

Referent Abg. **von Huene** theilt mit, daß der Wunsch anderweiter Regelung dieser Materie ein allgemeiner war, daß auch die Regierung eine entgegenkommende Erklärung abgegeben hat, und daß ein entsprechender Entwurf schon fast fertig gestellt ist. Auch die hohe Steigerung der Zahl der Pensionirungen wurde in der Kommission erörtert. Die Militärverwaltung konnte nachweisen, daß die relative Steigerung der Pensionirungen abgenommen hat seit 2 Jahren, daß man sich also einem Beharrungszustand nähere. Die Vermehrung wurde begründet mit der Vermehrung der Armee und die erhöhten Pensionssätze.

Abg. **von Gültlingen** (Rp.) Die Angelegenheit hat seit langen Jahren den Reichstag beschäftigt; die Regierungen haben schon wiederholt angekündigt, daß Vorarbeiten zu einer allgemeinen gesetzlichen Regelung im Gange sind. Der vorliegende Antrag berücksichtigt zwar nur einige Kategorien, ich will ihn aber deshalb nicht bekämpfen; ich nehme das Gute, wo ich es bekomme. Prinzipiell sollte jedem Berechtigten mindestens eine Quote seiner Pension unter allen Umständen belassen werden. Mangelhaft ist in dem Antrage jedenfalls die unbewegliche Erhöhung des Maximalsatzes um 600 M. für sämmtliche Unteroffiziere von 12jähriger aktiver Dienstzeit ohne Unterscheidung, ob sie 12 oder 25 Jahre gedient haben und welchen Rang sie vorher innegehabt haben. Hoffentlich zögert der Reichstag nicht, den berechtigten Klagen auf diesem Gebiete abzuhelfen.

General **von Spitz**: Die vorjährige Resolution hat der Militärverwaltung Gelegenheit zur Ausarbeitung einer Novelle gegeben, welche diese Resolution so weit als möglich berücksichtigt. Der Vorlegung dieser Novelle noch in dieser Session haben sich Schwierigkeiten in den Weg gestellt, welche nicht blos auf finanziellem Gebiet, sondern auch in Kollisionen mit anderen Ressorts liegen. Da der Zweck als richtig anerkannt war, mußten wir auf andere Wege sinnen. Das hat Rückfragen bei den Provinzialbehörden nöthig gemacht und die Verzögerung veranlaßt. Der Reichskanzler hofft aber, in der nächsten Session einen solchen Entwurf vorlegen zu können. (Beifall.)

Abg. **Pieschel** (natl.) tritt namentlich für die Berücksichtigung der Offiziere ein. Ein weiterer Wunsch, der dringend der Berücksichtigung bedürfe, sei die Anrechnung der im Militärdienst verbrachten Jahre bei der definitiven Pensionirung. Auch hier stellen sich die größten Ungleichheiten und Härten ein, je nachdem der zu Pensionirende im Privat- oder im öffentlichen Dienst gestanden hat. Den Versuch des Antrags Douglas müssen wir ja begrüßen; er umfaßt aber nur einen der drei Gesichtspunkte des vorjährigen Antrags Richter und deshalb können wir ihm nicht zustimmen. Viel zu gering erscheint uns die Fixirung der Maximalsumme für Gemeine auf 700 M.

Abg. **Richter**: Mein vorjähriger Antrag bezweckte die Besserstellung der Kriegsinvaliden. Das war eine sehr einfache Sache, deren Durchführung keine Reform des Pensionsgesetzes erforderlich gemacht hätte, weil sie gar nicht die Zivilpensionäre betrifft. Nun hat die deutschkonservative Partei einen Antrag zur Abänderung des Pensionsgesetzes überhaupt eingebracht, den sie mit dem meinigen verquickte. Die Regierung hat sich diesem Standpunkt angeschlossen und so bleibt die Erfüllung des in meinem Antrage ausgesprochenen Wunsches einstweilen aufgeschoben. Andernfalls würde das Eingehen auf meinen Antrag gerade im Jahre 1891 bei den Theuerungsverhältnissen den alten Invaliden sehr willkommen gewesen sein. Die Regierung will aber meinen Antrag mit als Vorspann benutzen, um ihre Absichten auf Erhöhung der Zivilpensionen und auf Reform des Pensionswesens überhaupt leichter durchlotsen zu können. Der heutige Antrag der Konservativen aber kommt von einer ganz entgegengesetzten Seite; er will gar nicht mehr die Kriegsinvaliden, sondern nur gewisse Kategorien der Militärpensionäre berücksichtigen, und giebt der Regierung eine ziffermäßig gebundene Marschroute und verlangt die Vorlegung noch in dieser Session; in einem Zeitpunkt, wo man allseitig darüber einig ist, daß bald Schluß gemacht werden muß, und bei dieser Besetzung des Hauses sollen wir noch mit einer so schwierigen Materie befaßt werden! Die vorgeschlagene Erhöhung der Maximalsätze kann wirklich nicht allein mit dem seit 1874 so gesunkenen Geldwerth motivirt werden. Ganz übersehen wird dabei, daß die Pensionirungen der Militärs aus ganz anderen Gründen erfolgen, als andere. Man kann nicht mehr felddienstfähig, aber noch vollständig erwerbsfähig sein. Besonders bedenklich wird dieser Vorschlag, wenn er, wie es beabsichtigt zu sein scheint, rückwirkende Kraft erhalten soll. Woher soll das Geld dazu herkommen? Es handelt sich doch um mehrere Millionen.

Staatssekretär **von Maltzahn**: Die Hoffnung, daß dem Reichstage die Novelle in der nächsten Session vorgelegt werden kann, ist bereits von hier ausgesprochen worden. Ich wende mich nur gegen die Ausführungen des Abg. Richter, daß hier eine Verquickung vorliege. Die Berathungen der betreffenden Materie in den Reichsämtern und bei der preußischen Regierung datiren aus der Zeit vor der Einbringung des Antrags Richter. Die Verzögerung ist nicht herbeigeführt durch eine ablehnende Haltung der preußischen Finanzverwaltung; die Schwierigkeiten rühren zum Theil auch von dem Bedenken der Zivilverwaltungen dagegen her, daß durch die Gestattung zu hoher Maximalsätze neue Unzuträglichkeiten entstehen.

Abg. Graf **Douglas**: Die Mittel für die Durchführung unseres Antrages würden trotz der gegentheiligen Meinung des Abg. Richter sich leicht beschaffen lassen, wenn Sie unseren Antrag annehmen, der eine Erhöhung des Tabakzolles von 85 auf 125 M. vorschlägt. Unser Unteroffizierkorps ist hier Gegenstand lebhafter Angriffe wegen Soldatenmißhandlungen gewesen; stellen Sie es materiell so, daß es in der Lage ist, ein Elitekorps werden zu können, dann werden diese Klagen verstummen. (Zustimmung rechts.) Dazu können Sie auch mitwirken, wenn Sie der Resolution zustimmen.

Generallieutenant **v. Spitz**: Der Antrag Richter war ein durchaus dankenswerther und die Militärverwaltung erkennt das voll an. Wir stehen auf diesem Antrage und halten ihn nicht für einen Handelsartikel. So sehr ich dem Antragsteller für den Antrag dankbar bin, so sehr muß ich dem widersprechen, daß hier ein taktisches Manöver der Verwaltung vorliege. Der Antrag von der anderen Seite betrifft den Invalidenfonds und beide Anträge bedingen Geldausgaben, sie werden also zweckmäßig zusammen bearbeitet.

Abg. **Orterer** (Z.): Die heutige Debatte hat eine sehr weitgehende finanzielle Bedeutung. Die Finanzminister aller deutschen Staaten dürften nicht sehr bereitwillig entgegenkommen. Dennoch halten wir an dem vorjährigen Antrag Richter fest. Den Antrag Douglas sollten die Antragsteller doch zurückziehen. Den Wunsch der Anrechnung der Militärdienstzeit bei der Bemessung der Pension können wir an sich wohl theilen, aber in das Gesetz sollte dieser Grundsatz nicht aufgenommen werden. Die Kommunen kann man doch auf keine Weise dazu zwingen, es würde das Reich für die Mehrausgaben aufzukommen haben. Die Beschleunigung der Angelegenheit wünschen wir mit dem Abgeordneten Richter um der Kriegsinvaliden willen. Im weiteren bringt Redner noch eine Reihe von Wünschen vor auf Unterstellung derjenigen Offiziere, welche 1870/71 bei immobilen Truppentheilen standen, unter die Pensionsnovelle von 1886, sowie auf Besserstellung der Wittwen pensionirter Militärs.

Abg. **von Manteuffel** (dk.) zieht die Resolution zurück, weil die Erklärung vom Bundesrathstische den Antragstellern genügend erscheinen. Ohne die Resolution hätte man diese bündige Erklärung der Vertreter der verbündeten Regierungen nicht erlangt.

Abg. **v. Vollmar** (Soz.): Uns erscheint auf diesem ganzen Gebiete eine Erhöhung der Pensionen für die Unteroffiziere und Soldaten als die dringendste Forderung. Ein durch Mißhandlungen absolut arbeitsunfähig gewordener Mann ist mit ganzen 27 M. pensionirt worden und die öffentliche Wohlthätigkeit hat für ihn eintreten müssen. Wenn die Sätze also geändert werden sollen, dann muß vor Allem auf die Soldaten Rücksicht genommen werden. Das Maximum der Pensionen von 30 M. monatlich ist geradezu erbärmlich. Was die Einrechnung der Pension in die Gehaltsbezüge in Reichs-, Staats- und Kommunaldienst betrifft, so muß mit in Betracht gezogen werden, wie ungemein schlecht die große Mehrzahl der Subalternposten dotirt ist, und man darf diesen späteren Beamten und Unterbeamten nicht die aus ihrem Militärverhältniß herrührenden Rechte einfach wegnehmen. Die Zahlenansätze des Antrages Douglas sind in dieser Beziehung das Ungeheuerlichste, was mir je vorgekommen ist; dem Maximalsatz für Offiziere von 6000 M. stellen die Herren einen Maximalsatz für Gemeine von ganzen 700 M. gegenüber! Mit der Zahl für die Offiziere müßte man ganz erheblich herunter, mit den 700 M. für Gemeine ganz erheblich herauf, zum Mindesten um die Hälfte. Das müssen wir der Regierung dringend an das Herz legen.

Abg. **Lorenzen** (dfr.) erneuert seine Bitte an die Regierungen, den ehemaligen schleswig-holsteinschen Offizieren, welche 1848 bis 1851 aktiv gewesen sind, ihr Wohlwollen zuzuwenden. Diese Offiziere hätten von der dänischen Regierung nur 3 Monate lang Pension bezogen und seien seitdem vollständig ohne Pension geblieben; es sei eine Ehrensache Deutschlands, für diese Offiziere endlich einmal einzutreten.

Der Etat des allgemeinen Pensionsfonds wird genehmigt.

Beim Etat des Reichs-Invalidenfonds kommt

Abg. **Singer** (Soz.) auf die Nothwendigkeit der Erhöhung der Pensionen der Kriegsinvaliden zurück, welche er für die dringlichste hält und deren Verbindung mit der Aenderung des Pensionsgesetzes ihm nicht unabweislich erscheint. Die heutige Erklärung des Vertreters der Militärverwaltung ist ja sehr entgegenkommend; in der Kommission hat derselbe Vertreter die Zulage für die Kriegsinvaliden als einen Schmuck, die Aenderung der Pensionsgesetzgebung überhaupt aber als eine Nothwendigkeit erklärt, und letztere müsse den Vorrang haben; das ist ungefähr das Gegentheil von der heutigen Ausführung. Die Invalidenpensionen datiren aus dem Jahre 1872; die Verhältnisse haben sich in diesen 20 Jahren von Grund aus verändert. Die Leute, die zu Deutschlands Schutze im Felde geblutet haben, kann Deutschland nicht mehr mit dem Almosen von damals abfinden. Trotz der heutigen Erklärung aber hege ich Zweifel, ob mit der wünschenswerthen Raschheit in dieser Sache gearbeitet werden wird; deshalb heben wir nochmals mit allem Nachdruck das dringende Bedürfniß hervor, die Kriegsinvaliden zu berücksichtigen, damit diese Frage nicht in den Hintergrund geschoben wird.

General **von Spitz** bestreitet, daß er heute anders als in der Kommission gesprochen habe. Er halte alles aufrecht, was er in der Kommission über die Frage gesagt habe.

Abg. **Orterer**: Ich habe schon vorher gesagt, daß mir auch die Zulage für die Kriegsinvaliden das Dringendere scheint; aus den Zeitungsberichten über die Kommissionsverhandlungen habe ich allerdings ungefähr denselben Eindruck gehabt, wie der Abg. Singer. Durch die heutigen Erklärungen des Vertreters der verbündeten Regierungen bin ich aber in dieser Hinsicht beruhigt.

Abg. **Singer** (Soz.): Ich habe die Erklärungen des Regierungskommissars in der Kommission genau so wiedergegeben, wie er sie gemacht hat; man mußte daraus die Ueberzeugung gewinnen, daß die Regierung die Regelung dieser Frage in Bezug auf die Kriegsinvaliden von der Regelung des Pensionswesens überhaupt abhängig machen wolle. Bei den Kriegsinvaliden handelt es sich nicht um einen Schmuck, sondern um die Befriedigung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse. Meine Behauptung in der Kommission, daß die Regierung diese Frage als Vorspann benutzt, um sich einen besseren Unteroffizierstand zu schaffen, halte ich aufrecht. Der Reichstag hat aber keine Veranlassung, hierbei noch den Militarismus zu stärken. Wir wollen lediglich die Invaliden in eine Lage bringen, daß sie nicht zu hungern brauchen.

Der Etat wird bewilligt.

Bei dem Einnahmekapitel Bankwesen, Antheil des Reiches an dem Reingewinn der Reichsbank 4 570 000 M., Steuer von ungedeckten Banknoten 202 700 M. verlangt

Abg. **von Strombeck** eine Vermehrung der Beamtenzahl bei einzelnen Bankstellen, wo die Geschäfte eine unverhältnißmäßige Zunahme erfahren haben.

Das Kapitel wird bewilligt.

Es folgt der Etat der Zölle, Verbrauchssteuern und Aversa. Die Einnahmen aus den Zöllen sind auf 389 451 000 M. veranschlagt. Hierzu liegt der Antrag der Abgg. Menzer, Graf Douglas und von Winterfeldt vor, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage möglichst noch in dieser Session eine Vorlage zu unterbreiten, wonach der Zollsatz für Tabaksblätter, unbearbeitete, und v. Stengel von 85 auf 125 M. für den Doppelzentner erhöht werden soll. Der Antrag ist außer von den Deutschkonservativen auch von den Nationalliberalen Brünings, Brunck, Bürklin und Clemm unterschrieben.

Abg. **Brömel** (dfr.): Auch in dem letzten Abschnitt der gegenwärtigen langen Session haben wir es mehrfach mit Beschwerden zu thun gehabt, nach welchen nach Ansicht der Beschwerdeführer Zollsätze zu unrecht erhoben worden sind. Diese Beschwerden über unrechtmäßige Handhabung des Zolltarifs und Verschleppung der Entscheidung haben sich, wie die Berichte der Petitionskommission ausweisen, ganz erheblich vermehrt. In einem Rechts- und Kulturstaat sind diese Zustände unerträglich. Auf die Beschwerden der betheiligten Geschäftstreibenden giebt der Bundesrath zuweilen erst nach Jahren Antwort und Gründe für eine ablehnende Entscheidung giebt er überhaupt nicht an. Hier kann nur die Eröffnung des Rechtsweges in Zollstreitsachen abhelfen. Die allerschmerzlichsten Erfahrungen haben aber zahlreiche Gewerbetreibende mit den Nachforderungen von Zöllen machen müssen, welche die Zollämter erheben, wenn sie vorher einen zu niedrigen Zoll erhoben zu haben glauben. Der Reichstag hat in dieser Session, nämlich im Juni 1890, schon beschlossen, die verbündeten Regierungen um die Vorlegung eines Gesetzentwurfes, betreffend die Errichtung eines Zollgerichts, zu ersuchen. Bis heute sind wir ohne jede Antwort geblieben. Diese Abstinenz des Bundesraths in allen den großen Reformfragen, die aus der Initiative des Hauses angeregt wurden, ist mit Schuld an der Theilnahmlosigkeit, mit welcher die Bevölkerung die Arbeiten des Reichstages verfolgt, und an der Theilnahmlosigkeit der Mitglieder selbst. Wandel kann nur geschaffen werden, wenn die Reichsinstitutionen, welche jetzt für unsere Zollverwaltung maßgebend sind, einer gründlichen Reform unterworfen werden. Der Bundesrath ist nicht die geeignete Stelle zur Entscheidung solcher Verwaltungssachen.

Staatssekretär **von Maltzahn**: Wenn der Vorredner das Verfahren des Bundesraths heftig angegriffen hat, so habe ich diese Angriffe, soweit sie ungerechtfertigt sind, entschieden zurückzuweisen, so vor allem denjenigen, als ob die Verwaltung des Zollwesens durch den Bundesrath eine unrechtmäßige Handhabung des Zolltarifs involvire. Der Bundesrath hat verfassungsmäßig in letzter Instanz über die Ausführung unserer Zollgesetzgebung zu wachen. Die betreffenden Beschwerden werden keineswegs verschleppt, am wenigsten böswillig. (Abg. Brömel: Habe ich gar nicht sagen wollen!) Der Bundesrath hat allerdings vielfach abgelehnt, auf die Beschwerden einzugehen; das mögen Sie materiell mißbilligen, das Recht des Bundesrathes werden Sie nicht bestreiten wollen. Wie sollen denn die Bescheide anders ergehen als ohne Gründe? Der Bundesrath besteht aus Bevollmächtigten, welche nach den Instruktionen ihrer Regierungen stimmen, über deren Motive wird nicht abgestimmt. Ohne Kenntniß der Gründe bleibt der Beschwerdeführer gleich wohl nicht, denn der Entscheidung des Bundesrathes muß eine Entscheidung der obersten Landes-Finanzbehörde vorhergegangen sein, die mit Gründen versehen wird. Das Waarenverzeichniß von 1888 hat nicht mehr Widerspruch gefunden als seine sämmtlichen Vorgänger. Es soll ein neues Waarenverzeichniß zum nächsten Herbst in Kraft treten; wenn der Vorredner auch dies bemängelt, so übersieht er, daß die neuen Handelsverträge eine neue Redaktion geradezu nothwendig machen. Es wird nicht aus der Welt zu schaffen sein, daß über die Anwendbarkeit eines Zollsatzes verschiedene Auffassungen entstehen können; die Entscheidung muß in die Hände einer oberen Instanz gelegt sein. Die Resolution von 1890 hat noch keine Beantwortung erfahren, weil die damalige Session noch währt und nach feststehender Praxis diese Beantwortung erst im Anfange der nächsten Session gegeben wird. Ich kann

aber mittheilen, daß der Bundesrath schon im Dezember 1890 Beschluß gefaßt hat und zwar ablehnenden.

Abg. **Goldschmidt** (dfr.): Diese Ausführungen zeigen doch nur allzu deutlich, daß man im Bundesrath kein Verständniß für die Bedürfnisse des Verkehrs hat oder es ihm nicht entgegenbringt. (Unruhe rechts.) Kann man denn gar nicht begreifen, welche schweren Schädigungen es mit sich bringen muß, wenn ganz plötzlich die Zölle für irgend einen importirten Gegenstand erhöht werden und auf erhobene Beschwerden Jahre vergehen, ehe auch nur ein Bescheid erfolgt? Kann man sich dort gar nicht denken, daß inzwischen die betreffenden Gewerbetreibenden an den Rand des Ruins gebracht werden können? Ich bin so oft Referent über die unzähligen hierher gehörigen Petitionen, daß ich dem Hause weiter nichts in dieser Beziehung vorzutragen habe.

Staatssekretär **v. Maltzahn**: Das Verständniß für die hier in Betracht kommenden Verhältnisse ist im Bundesrath voll und ganz vorhanden; oft aber scheint in der Petitionskommission das Verständniß für die schwierige Stellung zu fehlen, welche die Reichs-Finanzverwaltung und der Bundesrath in diesen Zollfragen bei ihrer Verantwortung für die richtige Leistung der gesetzmäßig zu leistenden Abgaben und Zölle einnimmt.

Abg. **von Stumm** (Rp.) nimmt den Bundesrath gegen die allgemeinen Vorwürfe der Abgg. Brömel und Goldschmidt in Schutz, wenn auch im einzelnen Falle einmal wirklich etwas gegen seine Entscheidung einzuwenden sein möchte. Die Wünsche auf Abänderung der bestehenden Einrichtung liefen zuletzt auf eine Abschaffung des Bundesstaats und die Errichtung eines Einheitsstaats hinaus. Wenn der Reichstag eine Petition als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erachte, so sei das noch viel unhöflicher, als der unmotivirte ablehnende Bescheid des Bundesraths. Der Bundesrath ist hier stets nach Maßgabe der Wichtigkeit der zu verhandelnden Gegenstände vertreten.

Abg. **Brömel**: Wie oft haben wir hier die wichtigsten Fragen erörtert, ohne daß auch nur ein Vertreter der verbündeten Regierungen anwesend war. Will Herr von Stumm etwa unsere Petitionskommission auf das Niveau des Bundesraths herunterdrücken, soll sie über Petitionen auch nichts zu sagen wissen? Mit großer Mehrheit hat seinerzeit der Reichstag das Verfahren des Bundesraths bei Einführung des Petroleumsaß-Zolles für ungesetzlich erklärt, die Entrüstung des Staatssekretärs war also wohl nicht ganz gerechtfertigt. Ich habe das neue Waarenverzeichniß gar nicht bemängelt.

Staatssekretär **v. Maltzahn**: Der Reichstag ist verfassungsmäßig nicht zur ausschließlichen Interpretation der Reichsgesetze berufen; der Bundesrath aber ist verfassungsmäßig berufen, berechtigt und verpflichtet die Reichsgesetze nach seinem besten Wissen und Gewissen zur Anwendung zu bringen.

Abg. **v. Schalscha** (Z.): Ich bin nach wie vor der Meinung, daß der Petroleumsaßzoll ein ungesetzmäßiger ist; dieser Zustand scheint mir aber noch erträglich gegenüber demjenigen, daß ein Importeur, der auf Grund einer amtlichen Auskunft seine Einfuhrgeschäfte abgeschlossen hat, nach Jahren vielleicht durch die Nachliquidationen der Zollbehörde in die größten Schwierigkeiten gestürzt wird. In dieser Hinsicht muß ich Herrn Brömel durchaus beipflichten.

Abg. **Büsing** verwahrt sich als Vorsitzender der Petitionskommission gegen die Ausführung v. Stumm's. Die Kommission habe niemals eine Petition ohne Angabe von Gründen abgewiesen. Jede Petition werde entschieden motivirt. In Bezug auf die Behauptung, daß es der Petitionskommission vielleicht an Verständniß für die Schwierigkeiten fehle, in welchen sich die Zollverwaltung zuweilen befinde, sei zu konstatiren, daß die Mitglieder mit großem Fleiße, außerordentlicher Sachkenntniß und großer Treue in dieser langen Session gearbeitet haben; er appellirt an das Haus, ob die Arbeiten der Kommission Sachkenntniß und Verständniß vermissen lassen. In der Petition der Dortmunder Union habe die Kommission auch einen großen Erfolg erreicht.

Abg. **v. Stumm** bleibt dabei, daß die Reichstagsmajorität über die Motive ihrer Abstimmung den Petenten keine Auskunft gebe.

Ein Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Nachdem Abg. **Menzer** den Antrag auf Erhöhung des Tabakzolles unter steigender Unruhe des Hauses begründet hat, wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Schluß nach 5½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Etat, Telegraphengesetz.)

Abgeordnetenhaus.

27. Sitzung vom 8. März. 11 Uhr.

Am Ministertische: Graf Zedlitz und Kommissarien.

Die zweite Berathung des Stadt-Haushaltsetats für 1892—93 wird fortgesetzt und zwar im Kultusetat.

Die Ausgaben für die Provinzial-Schulkollegien, mit Ausnahme der Gehälter der Provinzial-Schulräthe, werden genehmigt; ebenso ohne Debatte die Ausgaben für die Prüfungskommissionen.

Es folgen die Ausgaben für die Universitäten. Die Universität Königsberg erhält einen Zuschuß von 804 803 M. (6200 M. mehr als im laufenden Etat).

Abg. **Friedberg** (ntl.) ist nicht damit einverstanden, daß die Aenderung der Zweckbestimmung einer Professur ohne Zustimmung des Landtages erfolgen könne; mindestens müsse dem Landtage davon Kenntniß gegeben werden. Für die Professoren sollte ebenfalls das System der Dienstalters-Zulagen eingerichtet werden.

Abg. **v. Meyer-Arnswalde**: Ich habe heute morgen in der Zeitung gelesen, daß die Bonner Korps an den Rektor eine Adresse gerichtet haben, sie würden nach dem 3. März und vor dem 25. April Kollegien nicht besuchen. Wenn das der Fall sein sollte, so wäre das ein Exzeß der Nasenweisheit.

Minister Graf **Zedlitz**: Mir ist davon nichts bekannt geworden; ich kann deshalb mit meinem Urtheil darüber zurückhalten.

Bei den Ausgaben für Berlin (Zuschuß 2 101 000 Mark, 27 100 M. mehr als im laufenden Etat) empfiehlt

Abg. **Letochins** neben der Anstellung eines Präparators beim zoologischen Museum, die jetzt in Aussicht genommen sei, die weitere Anstellung eines Kustos.

Geh. Rath **Althoff** verspricht die Sache in Erwägung ziehen zu wollen und weist auf die Thätigkeit des 1887 gegründeten orientalischen Seminars hin, das nicht nur Schüler ausgebildet, sondern auch Lehrbücher herausgegeben habe; er empfiehlt die Annahme der Mehrausgabe für dieses Seminar.

Abg. **von Eynern** (natl.): Manche deutsche Universitätsstadt erkennt eine Ehrenpflicht an, für ihre Universität zu sorgen. So haben Straßburg, Leipzig, Breslau, Kiel erhebliche Ausgaben geleistet. Aber Berlin thut nichts, sondern empfängt noch Wohlthaten von den Universitätseinrichtungen, die ich auf 600 000 M. berechnet habe. Hoffentlich erinnert sich die Stadt Berlin ihrer Pflicht, wenn es sich einmal um die Verlegung der Charitee handeln sollte.

Abg. **Langerhans** (dfr.) hält es nicht für richtig, daß der Regierung die Besetzung der Professuren nach ihrer Erledigung nach Belieben freistehe; der Landtag habe die Zweckbestimmung gebilligt, eine Aenderung müsse ihm ebenfalls unterbreitet werden. Berlin ist die größte Universität, deshalb braucht es den größten Zuschuß und die größten Sammlungen.

Geh. Rath **Althoff**: Es giebt zwei Arten Professuren, die Professuren nach dem Normaletat aus den vierziger Jahren, die freien Professuren und die gebundenen Professuren, die nachher mit bestimmter Zweckbestimmung bewilligt sind. In Bezug auf die letzteren ist die Regierung für alle Zeit gebunden; die freien Professuren kann aber die Regierung anderweitig benutzen, wie es die Lage der betreffenden Universitäten verlangt. Wenn diese Freiheit nicht vorhanden wäre, würde manche Mehrausgabe entstehen. Was Herr von Eynern gesagt hat, richtet sich an die Stadt Berlin; ich wünsche nur, daß es dort sympathische Aufnahme findet. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Friedberg** bleibt dabei, daß die Regierung in allen Fällen an die Zweckbestimmung der Professuren gebunden sein müsse.

Geh. Finanzrath **Germar** bezeichnet das als unmöglich und finanziell bedenklich.

Abg. **Meyer-Berlin**: Wenn die Regierung an die Stadt Berlin irgend welche Anforderungen hat, so wird sie dieselben wohl auf dem üblichen schriftlichen Wege geltend machen, nicht auf dem Umwege über das Abgeordnetenhaus durch Herrn von Eynern. Die Stadt Berlin hat Aufwendungen für die Universitätskliniken gemacht; sie stellt ihre Krankenhäuser auch gern für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung und braucht für ihre Krankenpflege, besonders bei der Armenpflege, die Kliniken nicht.

Nach längerer Debatte verschreitet das Haus zur Berathung über die Ausgaben für Breslau (911 350 M., 19 370 M. mehr als im laufenden Etat).

Abg. **Dasbach** fragt an, weshalb Professor Weber nicht mehr lese, sondern in Bonn sich aufhalte.

Geh. Rath **Althof** erklärt, daß Professor Weber als Altkatholik durch einen anderen, nach gewisser Seite einwandsfreien Professor der Philosophie ersetzt sei. Da man dem Professor Weber seine Rechte genommen und er in Breslau nichts mehr zu thun hatte, konnte sein Wunsch, ihn von seinen Verpflichtungen zu entbinden, nicht abgeschlagen werden.

Für Studirende deutscher Herkunft, welche später in den Provinzen Westpreußen und Posen und im Regierungsbezirk Oppeln verwendet werden, sind 100 000 M. ausgesetzt.

Abg. **v. Czarlinski** empfiehlt die Streichung dieses Fonds, der eine ungerechte Bevorzugung der Deutschen sei.

Der Titel wird gegen die Stimmen der Polen genehmigt.

Beim Kapitel 120: Höhere Lehranstalten, Titel 10, Zahlungen infolge rechtlicher Verpflichtungen, geht

Abg. **Dr. Graf**-Elberfeld (natl.) auf die Schulreform ein. Zufrieden seien mit den neuen Lehrplänen die lateinlosen Ober-Realschulen, unzufrieden die Vertreter des Baufachs. Die lateinlosen Anstalten sollen zum Studium der Mathematik berechtigen. Damit ist eine Bresche gelegt, die schließlich zur Gleichberechtigung der verschiedenen Arten der Vorbildung führen wird. Damit schwindet dann die gleichmäßige Vorbildung für die Universitäten.

Nach längerer Debatte wird der Titel genehmigt.

Um 4 Uhr wird die weitere Berathung bis Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Lokales.

Die Lokalkommission in Steglitz ersucht uns um die Veröffentlichung des Folgenden: Bis jetzt war es den Genossen in Steglitz wenigstens noch möglich, für Vereinsversammlungen einen Saal zu bekommen. Oeffentliche Volksversammlungen konnten aber bisher in Steglitz noch nicht abgehalten werden, für diese giebt es keinen Saal, d. h. die Lokalbesitzer weigern sich aus leicht erklärlichen Gründen, ihre Säle für die Abhaltung von sozialdemokratischen Versammlungen herzugeben. Jetzt scheint es auch den Vereinen unmöglich gemacht werden zu sollen, ihre Versammlungen abzuhalten. Der Vorsitzende des Steglitzer Arbeiter-Bildungsvereins erhielt wenigstens ohne jeden ersichtlichen Grund folgenden Brief:

Steglitz, den 3. März 1892.

Lieber Herr Weidheit!

Es thut mir leid, daß ich diesen Brief an Sie schreiben muß, ich kann den Arbeiter-Bildungsverein nicht mehr bei mir tagen lassen, da ich fortwährend Unannehmlichkeiten dadurch habe.

Achtungsvoll

E. Borsdorf.

Welcher Art die „Unannehmlichkeiten" sind, verschweigt Herr Borsdorf allerdings, es werden aber wohl dieselben sein, die anderwärts auch zu Tage getreten sind. Im Lokale des Herrn Borsdorf tagen noch zahlreiche Gewerkschaftsvereine, die aus dem Vorgehen desselben gegen den Arbeiter-Bildungsverein wohl die nothwendigen Konsequenzen ziehen werden. Wenn der Lokalbesitzer die „Unannehmlichkeiten" so fürchtet, so muß er eben auf die Kundschaft der in Steglitz wohnenden Arbeiter überhaupt verzichten.

Schließlich noch eine Warnung an die Genossen: Ein in Friedenau wohnender Herr Lungwitz hat in letzter Zeit wiederholt den Versuch gemacht, den Arbeiter-Bildungsverein in Steglitz zu unlauteren Zwecken zu mißbrauchen. Das ist ihm aber nicht gelungen, weil der Vorstand auf seinem Posten war. Es ist nicht unmöglich, daß L. in den Brudervereinen der Vororte seine Versuche wiederholt. Um auch hier das gleiche negative Resultat zu erzielen, scheint dieser Avis nothwendig zu sein. Bemerkt sei noch, daß es sich um Geldangelegenheiten (Aufnahme eines Pumpes) handelt.

Zum Nothstand wird uns von einem unserer Leser folgendes mitgetheilt: Auf einen Hof in der Fransecki-Straße kam am Sonntag Abend zwischen 5 und 6 Uhr ein sogenannter „Naturforscher" (ein Mann in den 50er Jahren), um die in dem Hofe aufgestellten Müll- resp. Aschenkasten nach Lumpen und dergl. zu durchsuchen. In einem solchen Kasten fand der alte Mann einen bis zur Hälfte mit „dickem Reis" gefüllten eisernen Topf, der wahrscheinlich einer Hausfrau beim Mittagessen kochen angebrannt war, und dann mit seinem Inhalte in den Kasten geworfen wurde. Der Aermste nahm den Topf, machte mit seinem Haken den Reis, der sich festgesetzt hatte, locker und verzehrte dann mit einem wahren Heißhunger den Inhalt bis auf den letzten Rest. Sobald Jemand den Hof passirte, stellte er den Topf in den Kasten, um sich nicht vielleicht dem Gespötte der Leute auszusetzen, und langte denselben erst wieder hervor, wenn der Hof leer war. Als er den Inhalt des Topfes bis auf den letzten Rest verzehrt hatte, nahm er den Topf und ging gesättigt von dannen. Ich beobachtete von meinem Zimmer aus den Vorgang und wahrlich, ein Gefühl des Mitleides würde jeden fühlenden Menschen beschlichen haben, beim Anblick des alten Mannes, der, wie aus seinem Benehmen zu ersehen war, auch einmal andere Tage erlebt hatte. Und da leugnet man noch den Nothstand, wo die Leute nicht verschmähen, aus dem Mülkasten sich zu sättigen.

Die Aktiengesellschaft für elektrische Glühlampen (Patent Seel) hat in diesem Jahr bereits am vorletzten Sonnabend Arbeiterentlassungen eintreten lassen. Von den 66 Personen, welche bis dahin in der Fabrik beschäftigt waren, sind 15 entlassen worden. In dieser Branche werden zum Sommer immer weniger Arbeitskräfte gebraucht, aber so früh wie in diesem Jahre sind die Entlassungen noch nie erfolgt; früher passirte dies nie vor Mai. Die Entlassenen sind thatsächlich brotlos, denn in der Branche finden sie sicher kein Unterkommen und so vermehren sie eben die ohnehin schon erschreckend große Armee der Arbeitslosen. Es hätte sicher nichts geschadet, wenn die Arbeiter noch einige Wochen länger behalten worden wären und wenn man sie hätte auf Vorrath arbeiten lassen. Denn im Winter müssen die Arbeiter Unglaubliches in Ueberstunden leisten. So wurde von Anfang November bis Neujahr abwechselnd einen Tag von früh 7 bis Abds. 8 auch 9 Uhr gearbeitet, den anderen aber von Morg. 7 bis Nachts 1 auch 2 Uhr! Nach Neujahr wurde diese anstrengende Arbeitszeit zwar abgekürzt, die Sonntagsarbeit aber wurde trotzdem nicht eingestellt. Wenn sich Jemand über die zu lange Arbeitszeit beklagte, so erhielt er zur Antwort: Sie verdienen ja Geld dabei, Sie brauchen das ja gar nicht umsonst zu machen. Hätte sich Jemand geweigert, des Nachts mit zu arbeiten, der wäre einfach entlassen worden, Ersatz fand sich ja jede Stunde doppelt und dreifach. Die entsetzlich lange Arbeitszeit hätte sofort auf das übliche Maß herabgesetzt werden können, wenn eine größere Zahl Arbeiter eingestellt worden wäre. Dazu verstand sich aber die Direktion auf keinen Fall. Als Beispiel, wie die Löhne in dieser Branche herabgedrückt worden sind, führen wir die Verdienstverhältnisse der Glasbläser an. Das sind Akkordlöhne und die Arbeitsleistung ist unverändert die gleiche geblieben:

Jahr	Lohn	Stückzahl
1887	100	100
1888	83	107
1889	65	140
1890	33	225
1891	22	280
1892	19	347

In diesen sechs Jahren hat sich die Arbeitsleistung also etwa um das 3½fache gesteigert, die Löhne dagegen haben um mehr als das fünffache abgenommen!! Hiernach kann sich Jeder ausrechnen, was der Arbeiter heut leisten muß, wenn er sein Durchkommen haben will. Das Jahr 1887 ist ja geradezu als ein goldenes zu bezeichnen gegenüber dem Hungerjahr 1892!

Zum Berliner Dombau läßt die radikale Tante Voß in ihrer gestrigen Morgenausgabe ein Geschreibsel los, welches seines Schlußsatzes wegen der Vergessenheit nicht ganz und gar preisgegeben werden soll. Dieser Schlußsatz lautet:

„Ein Dom von Bedeutung kann aber nur entstehen, wenn er einer Strömung seiner Zeit entspringt."

Der Zahn der Zeit, welcher sonst manche Wunde heilt, scheint bei der alten Tante nicht verhindern zu können, daß sich Wippchen und Karlchen Mießnick in ihren Spalten Rendezvous geben.

Infolge einer Anfrage bei der k. Provinzial-Steuerdirektion für Berlin und die Provinz Brandenburg bezüglich der Stempelpflichtigkeit der Lehrverträge hat diese Behörde erklärt, daß derartige Verträge, auch wenn darin eine Lohnzahlung vereinbart ist, sofern sie sich nur sonst ihrem Inhalte nach als Lehrverträge charakterisiren, nach dem Schlußsatz des § 128 der R.-G.-O. vom 1. April 1892 ab stempelfrei sind. Ausgeschlossen sind nur Verträge über die Annahme von Lehrlingen in Handelsgeschäften und in Apotheken, welche nach § 154 a. a. O. stempelpflichtig sind. Bemerkt wird noch, daß es in Anbetracht des Vertragsstempels als eines Urkundenstempels lediglich auf den Tag des Abschlusses der Verträge ankommt, so daß nur diejenigen Verträge, welche, vom 1. April 1892 und später datiren, stempelfrei sind.

Wir lesen im „Reichsboten": „Auch gegen den Redakteur der in Dresden erscheinenden „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" ist eine Anklage wegen Beleidigung des deutschen Kaisers erhoben worden. — Harden und die „Kölnische Zeitung" befinden sich also in der entsprechenden Gesellschaft."

In besserer Gesellschaft jedenfalls, als wenn sie sich in solcher eines augenverdrehenden, muckerischen Betbruders vom „Reichsboten" befänden.

Der Nothstand in Permanenz. Durch Wolff's Telegraphen-Bureau läßt sich der Ober-Bürgermeister in folgender Weise vom Verdacht des Rücktritts reinigen:

„Dem „Rheinischen Kourier" zufolge hat der zur Kur in Wiesbaden weilende Ober-Bürgermeister v. Forckenbeck aus Berlin die Blättermeldung, daß er von seinem Amte zurückzutreten beabsichtige, als falsch bezeichnet. Er habe keine desfallsigen Gedanken geäußert und beabsichtige keineswegs, seinen Abschied zu nehmen."

Einen so hartnäckigen Nothstandsleugner hätten wir auch so leicht nicht wieder erhalten.

Keine Nothlage. Ein hiesiger Almosenempfänger sah sich genöthigt, gegen seinen in guten Verhältnissen lebenden Sohn sein gesetzliches Recht auf Unterstützung im Wege der Klage geltend zu machen. Der alte Mann ernährte sich kümmerlich von einer städtischen Armenunterstützung von 14 M. monatlich; da ihm dies in der jetzigen Jahreszeit und bei den theueren Preisen einigermaßen schwer fiel, beantragte er bei dem Gericht den Erlaß einer einstweiligen Verfügung, durch die dem Sohn aufgegeben wurde, bis zum Austrag der Sache eine gewisse Summe an den Vater zu zahlen. Diesen Antrag hat die siebente Zivilkammer des Landgerichts I (Vorsitzender Landgerichtsdirektor Hesse) abgelehnt, weil der Kläger, der zugestandermaßen ein monatliches Einkommen von 14 M. beziehe, eine Nothlage nicht glaubhaft gemacht habe.

Ueber Pauperismus wird heute Abend Genosse Schönlank im Wahlverein des zweiten Reichstags-Wahlkreises einen Vortrag in Lehmann's Salon, Kreuzbergstraße 48 halten. Nach den Vorgängen der letzten Wochen in und außerhalb der Grenzen des deutschen Reiches, gewinnt das Thema, welches sich unser Genosse zu seinem Vortrag gewählt hat, besonders aktuellen Charakter.

Soldatenselbstmord. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend erhängte sich in der Kaserne des zweiten Garderegiments zu Fuß ein Rekrut der 8. Kompagnie. Die Motive sind natürlich unbekannt.

Im Ballstaat ins Wasser gesprungen ist die 21 Jahre alte Martha Linke, die seit einem Jahre die Verlobte eines Buchhalters gewesen ist. Mit diesem hatte sie am Sonnabend Abend einen Ball in einem Lokale in der Oranienstraße besucht. Die L. glaubte, Ursache zur Eifersucht während des Festes gehabt zu haben, sie machte ihrem Bräutigam heftige Vorwürfe, welche sie auf dem Heimwege auf der Straße noch fortsetzte. Auf der Oranienbrücke angelangt, blieb das Mädchen plötzlich stehen und schwang sich mit den Worten: „Dies Leben habe ich satt" über das Geländer der Brücke in den mit einer leichten Eisdecke überzogenen Louisenstädtischen Kanal. Der Bräutigam löste den Rettungskahn und es gelang ihm, damit das halb ohnmächtige Mädchen zu erreichen und zu retten.

Ein Betrug in großem Umfange ist in folgender Weise geplant und theilweise durchgeführt worden: Der Kaufmann B. erschien mit dem Hausdiener S. bei einem Uhren-Großhändler mit der Erklärung, sich ein Geschäft einrichten zu wollen. Er erbat sich Waaren und erhielt, nachdem er 3000 M. Anzahlung versprochen, aber nur 2000 M. gezahlt hatte, goldene und silberne Taschenuhren im Werthe von 10 000 M. Da die noch fehlenden 1000 M. der Anzahlung nicht einliefen, wurde der Händler argwöhnisch; er ermittelte, daß dieselben Personen kurz vorher bei dem Kaufmann S. für 5000 M. Brillanten bei geringer Anzahlung entnommen und sofort versetzt hatten. Der Großhändler schloß daraus — dies hat sich auch später bestätigt —, daß die ihm geleistete Anzahlung von 2000 M. aus dem Erlöse der versetzten Brillanten herrühre. Sonnabend traf ein Kriminalkommissar zufällig in einer Pfandleihe zwei Männer, welche Brillanten zum Versatz anboten, hielt sie an und stellte fest, daß dieselben der Kaufmann B. und Hausdiener S. waren. Im Besitze Beider fand sich nur noch ein kleiner Theil der Uhren, dagegen Pfandscheine über die fehlenden.

Zu dem Raubmord-Versuche in der Blumenstraße hat sich inzwischen herausgestellt, daß der Mordgeselle aus dem Geschäfte der Faust eine in der Ladenkasse aufbewahrt gewesene Blechbüchse entnommen hat, in der sich zum größten Theile ganz neue Pfennige befanden. Diese hat er ohne Zweifel für Goldstücke gehalten; denn eine mit Nickelgeld gefüllte Geldschwinge, die daneben stand, hat er unberührt gelassen. Er muß aber den Irrthum bald bemerkt haben, denn kurz nach 10½ Uhr erschien bei dem im Keller des Hauses Schillingstraße 40 wohnhaften

Grünkramhändler Engel, also ganz nahe an dem Thatorte, ein Mann, der Pfennige zum Wechseln anbot. Dieser Mann ist allem Anscheine nach der Thäter gewesen. Am Sonntag Vormittag wurde der Faust ein durch die Polizei festgenommener Mann vorgestellt, doch konnte die Ueberfallene denselben nicht als den Thäter rekognosziren, auch war die Faust der erlittenen Verletzungen halber noch nicht im Stande, sich behufs Ermittelung des Räubers mit Hilfe des Verbrecheralbums nach dem Polizeipräsidium zu begeben. Dagegen ist der unverehelichten Mushake das Album bereits vorgelegt worden, der Gesuchte hat aber auch hierbei nicht entdeckt werden können. Die Mushake erklärt noch, daß jener Mensch acht Tage lang zu später Abendstunde ihren Laden betreten, stets zwei Schnecken verlangt hätte, aber jedesmal mit einer beliebigen anderen Backwaare (Zwieback, Hörnchen) zufrieden gewesen sei. Hierdurch wird der Verdacht bestärkt, daß es sich nur um einen Vorwand gehandelt habe, um eine passende Gelegenheit zur Ausführung eines Verbrechens zu finden. Die Mushake giebt als besonderes Kennzeichen noch an, daß der unheimliche Käufer stets auffallend schmutzige, fast schwarze Hände gehabt habe. Der Geschäftsladen der Letzteren ist am Sonnabend Abend durch die Kriminalpolizei genau überwacht worden, doch hat sich der Unbekannte seit Freitag Abend nicht wieder blicken lassen.

Polizeibericht. Am 7. d. Mts. Vormittags wurde eine Frau vor dem Hause Gollnowstr. 32a von einem Geschäftswagen überfahren und am Oberschenkel bedeutend verletzt. — Infolge des Schneefalls fiel zu derselben Zeit vor dem Hause Jägerstr. 9 eine Frau und brach ein Bein, und vor dem Hause Alte Schönhauserstraße 59 ein Museumsbeamter und erlitt einen Bruch des Handgelenks. — Vormittags wurde im Landwehr-Kanal, gegenüber dem Grundstück Plan-Ufer 92, die Leiche einer Frau, und Nachmittags im Spandauer Schifffahrts-Kanal die Leiche eines Arbeiters angeschwemmt. — Vor dem Hause Landbergerstr. 37 gerieth Abends ein Malermeister unter die Räder eines Geschäftswagens und erlitt anscheinend schwere innere Verletzungen. — In der Nacht zum 8. d. M. lief ein obdachloser Schuhmacher auf dem Spittelmarkt in der Trunkenheit gegen einen eisernen Mülbehälter und erlitt einen Schädelbruch, so daß der Tod sofort eintrat.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Beamtenbeleidigung hatte sich am 26. Februar unser Genosse Meinz aus Britz vor dem Schöffengericht in Rixdorf zu verantworten. Am 16. August v. J. hielt der Volksbildungs-Verein für Britz und Umgegend, dessen Vorsitzender der Angeklagte war, in der Rosensee-Terrasse in Britz ein Sommerfest ab. Der Zutritt war nur gegen Karten gestattet. Nachmittags gegen 5 Uhr stellte sich ein Gendarm ein. Der Vorsitzende Meinz machte diesen darauf aufmerksam, daß eine geschlossene Gesellschaft hier ein Vergnügen feiere, der Gendarm sei als Gast willkommen, als Beamter aber überflüssig, da der Vereinsvorstand die Hauspolizei selbst ausübe. Meinz besitzt die Angewohnheit, mit erhobener Hand zu sprechen und seine Worte mit entsprechenden Gestikulationen zu begleiten. Der Gendarm fühlte sich durch die Ansprache beleidigt und stellte Strafantrag gegen Meinz. Zum Termin waren 11 Zeugen geladen, darunter 3 Gendarmen. Die Vorladung einer weiteren Zahl von Entlastungszeugen war abgelehnt worden, weil dieselben nur unerhebliche Aussagen machen könnten. Als erster Zeuge trat der Gendarm Daberkow als Beleidigter auf. Auf die Frage des Vorsitzenden, worin er eine Beleidigung gefunden habe, erwiderte dieser, Meinz habe mit drohender Stimme und mit erhobener Hand zu ihm gesagt: er solle machen, daß er herauskomme, er habe hier nichts zu suchen. Der Gendarm Lehmann erklärte, er habe sich ebenfalls beleidigt gefühlt, da Meinz sich ihm gegenüber ähnlich geäußert habe. Er habe aber besonders keinen Strafantrag gestellt, weil er der Ansicht gewesen sei, daß sich der von seinem Kollegen gestellte gleich mit auf ihn beziehe. Dieser Zeuge meinte noch, daß er es nicht nöthig habe, den Befehl seines Vorgesetzten jedem beliebigen Menschen zu zeigen. Der Angeklagte vertrat die Ansicht, daß er als Miether des Lokales das Recht besessen habe, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen. Die übrigen Zeugen wußten nichts zur Sache weiter anzuführen, namentlich konnten sie nichts bekunden, was auf den Wortlaut der angeblichen Beleidigung Bezug hatte. Der Amtsanwalt hielt die Beamtenbeleidigung für erwiesen und beantragte gegen den Angeklagten 60 M. Geldstrafe ev. 10 Tage Gefängniß. Der Angeklagte vertheidigte sich in längerer Rede, er wies die Beleidigung selbst zurück, bestritt auch die Absicht derselben. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an, denn er erkannte auf Freisprechung. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt.

Drei Mitglieder des Lesekluds „Karl Marx“, der Buchhändler Richard Schulz, der Tischler Gotthardt Schrade und der Schankwirth Ferdinand Grude, standen gestern unter der Anklage der Beleidigung vor der 130. Abtheilung des Schöffengerichts. Der genannte Verein hält seine unter polizeilicher Beaufsichtigung stattfindenden Versammlungen im Lokale des Angeklagten Grude ab. Wie sie behaupten, haben sie stets streng darauf gehalten, daß bei Beginn der Polizeistunde die Nichtmitglieder des Vereins das Lokal verließen, auf Vereine und geschlossene Gesellschaften finde die Polizeistunde dagegen keine Anwendung. Trotz der genauesten Befolgung der polizeilichen Vorschrift, habe der Kriminalschutzmann G. den Angeklagten Grude doch wiederholt wegen Ueberschreitung der Polizeistunde angezeigt und der Letztere habe, um Weiterungen zu vermeiden, die ihm auferlegten Strafen bezahlt. Bei einem erneuten Falle, in welchem wiederum außer den Vereinsmitgliedern nicht ein einziger Gast im Lokale anwesend gewesen sei, habe man den Angeklagten Grude gedrängt, richterliche Entscheidung zu beantragen. Am nächsten Vereinsabende nach dem stattgehabten Termine habe Grude über den Verlauf desselben Bericht erstattet. Er sei verurtheilt worden und zwar auf Grund der Aussage des Kriminalbeamten G., die er mindestens als eine fahrlässig falsch beschworene bezeichnen müsse. Grude begründete diese Behauptung des Näheren und wurde dann durch die Mitangeklagten Schulz und Schrade in seiner Ansicht bestärkt. Dieselben sprachen sich über den Kriminalbeamten in gleichem Sinne aus, wie Grude. Im gestrigen Termine erklärten sämmtliche Angeklagte, daß sie die beanstandeten Aeußerungen aufrecht erhalten müßten, es würde ihnen ein Leichtes sein, zu beweisen, daß der betreffende Beamte thatsächlich mit seinem Eide fahrlässig umgegangen sei. Gegen das erste Erkenntniß in Sachen der angeblichen Ueberschreitung der Polizeistunde sei Berufung eingelegt worden und in der zweiten Instanz hoffe der Mitangeklagte Grude ein freisprechendes Urtheil zu erzielen. Der Gerichtshof beschloß, die Sache zu vertagen, bis das Urtheil in der vorerwähnten Uebertretungsanklage vorliege.

Noblesse oblige — Adel verpflichtet. Graf und Gräfin v. Dönhoff-Selten erschienen gestern vor der 132. Abtheilung des Berliner Schöffengerichts, um gegen ihr früheres Dienstmädchen Anna Pauten, welches am 30. Oktober v. J. ihren Dienst ohne Kündigung verlassen hat, als Zeugen aufzutreten. Die Angeklagte räumte die ihr zur Last gelegte Thatsache ein, behauptete aber, daß sie wegen der ihr zu Theil gewordenen Beschimpfungen und Mißhandlungen seitens der Frau Gräfin und auch des Herrn Grafen zur Aufhebung des Dienstverhältnisses berechtigt gewesen sei. Der Graf habe sie einmal auf die Hand geschlagen, die Gräfin habe ihr täglich Schimpfworte, als „Schwein, alte Sau u. drgl.“ an den Kopf geschleudert und sie einigemal mit dem Fuß und mit der Hand fortgestoßen und geschlagen. Im Wesentlichen bestätigten beide Zeugen diese Angaben, nur verwahrt sich die Frau Gräfin gegen die Absichtlichkeit der Stöße und stellt das Schlagen in Abrede. Die Angeklagte sei offenbar von dem Diener aufgehetzt gewesen. Frau Gräfin Blumenthal, bei welcher die Angeklagte ein Jahr lang vor dem 1. Oktober v. J. in Dienst war, und Rentier Itzig, bei welchem sich dieselbe nach ihrem Weggange von dem Grafen Dönhoff in Stellung befindet, rühmen die Angeklagte als ein Muster von Bescheidenheit, Zuverlässigkeit und Fleiß. Die Köchin Agnes Burchart, die ebenfalls eine kurze Zeit beim Grafen Dönhoff im Dienst war, bekundet, daß sie dort von der Herrschaft geschlagen und so schlecht behandelt worden sei, wie es wohl im Deutschen Reiche nicht zum zweiten Male vorkommen dürfte. Die Angeklagte habe Tag und Nacht geweint und sei mit Selbstmordgedanken umgegangen. — Trotz dieses Resultats der Beweisaufnahme verurtheilte der Gerichtshof die Angeklagte zu 3 Mark, indem er zwar annimmt, daß dieselbe sehr hart behandelt worden sei, daß aber keine ungewöhnliche Härte vorliege, die allein die Angeklagte zum Verlassen des Dienstes berechtigt hätte.

„Bauherren“ unter sich. Eine Bauhandwerker-Schlacht, die am Nachmittage des letzten Sylvestertages auf einem Neubau in der Hussitenstraße geschlagen wurde, hat eine gestern vor dem hiesigen Schöffengerichte verhandelte Anklage wegen schwerer Körperverletzung gegen den Bau-Unternehmer August Mietz, den Töpfermeister Fr. Oskar Pokarz und den Tischlermeister Friedr. Herm. Hanke im Gefolge gehabt. Der Neubau gehört einem gewissen Köhler, während bei dem Anklagevorfall nur der Bauwächter Schmiedel und der Grundstücks-Verkäufer und als Hypothekengläubiger an dem Wohle des Baues interessirte Kaufmann Bergemann in Frage kommen. Der Angeklagte Mietz, welcher behauptet, für gelieferte Bauarbeiten eine Forderung von 6000 M. zu haben, scheint über die Zahlungsmodalitäten umgehalten geworden zu sein und griff zur Selbsthilfe, indem er am 28. Dezember auf dem Bau entschlossen sein Rüstzeug und die von ihm gelieferten Röhren aus dem Neubau fortschaffte. Schon bei dieser Gelegenheit kam es zu einem heftigen Auftritt zwischen ihm und den auf dem Bau anwesenden Bergemann, wobei der letztere einen Revolver aus der Tasche zog und dem Mietz drohend entgegenhielt. Drei Tage später, am Sylvestertage, saß Mietz in einem Restaurant gegenüber der Baustelle, als die beiden anderen Angeklagten daselbst erschienen und ihm mittheilten, daß „der Jude“ soeben den Neubau betreten habe. Herr Bergemann war nämlich mit dem Baumeister Malakowski auf dem Bau erschienen, um durch den letzteren feststellen zu lassen, welcher Schaden ihm durch das Losreißen der Röhren 2c. zugefügt worden. Bald darauf erschien Mietz mit einer höhnischen Bemerkung auf dem Neubau, der Wächter Schmiedel vertrat ihm den Weg, es kam zum Ringen und Mietz flog die Treppe hinunter. Er raffte sich bald wieder auf, lockte durch seinen Hilferuf die beiden anderen Angeklagten und eine ganze Anzahl von Personen herbei, und nun begann eine regelrechte Schlacht. Bergemann zog zuerst einen Stockdegen, besann sich jedoch eines Besseren und hieb zur Abwehr mit dem Kopfende des Stockes, wobei er dem Hanke ins Gesicht traf. Die Gegner stürmten die Treppe hinauf, schlugen mit Planken und Stöcken auf Bergemann und Schmiedel ein und in den inneren Räumen fielen die Schläge hageldicht. In der letzten Noth zog Schmiedel einen Revolver, dieser versagte aber und nun zog Bergemann seinen Revolver hervor und feuerte zwei Schüsse in die Luft. Die Knalle machten die Gegner einigermaßen stutzig und diesen Augenblick benutzte Bergemann, um in kühnen Sätzen von Treppe zu Treppe und schließlich durch ein Fenster auf die Straße zu gelangen. Infolge des Schießens hatte sich hier eine gewaltige Menschenmenge angesammelt und der Kampf setzte sich noch auf der Straße fort, bis die Polizei einschritt. Auf beiden Seiten hatte es blutige Köpfe, zerschundene Gesichter und blaue Flecke am ganzen Körper gegeben und vor Gericht stritten sich die Parteien herum, wer sich im Angriff und wer in der Nothwehr befunden. Der Staatsanwalt hielt die Angeklagten für die Schuldigen und beantragte gegen Mietz und Hanke je 4 Monate, gegen Pokarz 2 Monate Gefängniß. Die Rechtsanwälte Coßmann und Lattermann führten dagegen dem Gerichtshofe vor, in welcher wenig beneidenswerthen Lage sich oft die Bauhandwerker befinden, wenn sie auf ihr ehrlich verdientes Geld warten und waren der Meinung, daß auch bei diesem unschönen Bilde aus der Berliner Baugeschichte den Angeklagten viele Milderungsgründe zur Seite stehen. Der Gerichtshof versagte ihnen solche auch nicht und verurtheilte Mietz nur zu 3 Wochen, Hanke zu 2 Wochen Gefängniß, während er den Angeklagten Pokarz gänzlich freisprach.

Die demnächst, wahrscheinlich schon in der nächsten Schwurgerichtsperiode zur Verhandlung gelangende Anklagesache betr. den Ueberfall des alten Rentiers Guhrauer dürfte in mehr als einem Punkte hohes juristisches Interesse bieten. Die auf versuchten Mord und schweren Raub lautende Anklage richtet sich gegen das Dienstmädchen Sydow, deren Kousine Frau Wilk und den Schuhmacher Eiffert. Gleichzeitig wird aber auch der Ehemann der Wilk vor dem Schwurgericht stehen und zwar wird eine selten zur Anwendung kommende Strafbestimmung, der § 139 des Straf-Gesetzbuchs, geltend gemacht, welcher lautet: „Wer von dem Vorhaben eines Hochverraths, Landesverraths, Münzverbrechens, Mordes, Raubes, Menschenraubes oder eines gemeingefährlichen Verbrechens zu einer Zeit, in welcher die Verhütung des Verbrechens möglich ist, glaubhafte Kenntniß erhält und es unterläßt, hiervon der Behörde oder der durch das Verbrechen bedrohten Person zur rechten Zeit Anzeige zu machen, ist mit Gefängniß zu bestrafen.“ In dem vorliegenden Falle wird es sich um die Erörterung der Frage handeln, inwieweit ein Ehemann gezwungen werden kann, dieser Anzeigepflicht zu genügen, wenn es sich um ein von der eigenen Ehefrau geplantes Verbrechen handelt.

Leipzig, 8. März. Das Reichsgericht hat heute die in dem Prozeß gegen den Hofrath Mancho und Aron Meyer wegen Unterschlagung von den Angeklagten eingelegte Revision verworfen. Die der Revision zu Grunde gelegte Behauptung, daß die Unterschlagung und der Dolus der Angeklagten nicht genügend nachgewiesen und die Vertheidigung von dem ersten Richter beschränkt worden sei, wurde für nicht erwiesen und nicht zutreffend erachtet.

Wien, 2. März. Ein fürchterliches Bild vom Lehrlingselend entrollte sich heute vor dem hiesigen Strafgericht. Der in Hernals wohnhafte Tischlermeister Joseph Rut hörte in der Nacht zum 16. Januar d. J. lautes Jammern und Winseln. Da die Hilferufe aus dem Gesellenzimmer des Rauchfangkehrer-Meisters Rautenstrauch kamen, begann er die Thüre zu erbrechen. Der Rauchfangkehrer-Geselle Ferdinand Nicoladoni recte Ittner, der dazu kam, sagte, er besitze den Schlüssel zur Thür nicht, zog ihn jedoch eine Weile später aus der Tasche und öffnete das Zimmer. Rut, der zuerst eintrat, bemerkte, daß der Rauchfangkehrer-Lehrling Anton Cila im kalten Zimmer splitternackt an den zusammengebundenen Händen derart auf einen Haken im Thürstocke aufgehängt war, daß seine Fußspitzen kaum den Boden berührten. Als der arme Junge abgeschnitten wurde, gab er an, daß ihn Ittner aufgehängt habe, knickte dann zusammen und war eine Weile bewußtlos. Da der Tischlermeister Rut die Anzeige erstattete, so hatte sich Ittner heute vor einem Erkenntnißgerichte wegen der barbarischen Mißhandlung des Lehrjungen zu verantworten. Er war der That vollkommen geständig und gab an, er habe den Lehrling deshalb bestraft, weil er einige Kaminthüren offen gelassen habe. Der Lehrling Anton Cila giebt an, daß er die Sache anfangs für einen Spaß gehalten habe, doch als er eine Viertelstunde in dem versperrten, wenig geheizten Zimmer hing, begann er zu schreien; erst nach einer weiteren Viertelstunde wurde er erlöst. Die Spagatschnur, die ihm um die Hände gelegt worden sei, habe ihm Striemen verursacht. Aus der zur Verlesung gelangenden Aussage des Lehrjungen Wlach, der früher gleichfalls bei Rautenstrauch bedienstet war, ging hervor, daß er von Ittner ebenfalls einmal nackt ausgezogen, in den Bock gespannt und geschlagen wurde. Da der Staatsanwalt nun die Anklage auch auf dieses Faktum ausdehnte, wurde die Verhandlung behufs Vorladung der diesbezüglichen Zeugen vertagt.

Soziale Uebersicht.

Achtung, Tischler! Die Differenzen in der Nähmaschinen-Möbelfabrik von Laborenz, Rixdorf, Kuesebeckstr. 71, sind noch nicht beigelegt. In seiner späteren Versammlung werden wir die ganze Angelegenheit noch einmal einer kritischen Beleuchtung auch hinsichtlich der jetzt dort arbeitenden „Kollegen“ unterziehen. Vor Zuzug bitten wir auch ferner noch zu warnen.

Außerdem machen wir auf einige bemerkenswerthe Vorgänge, welche sich in den Reihen unserer Tischlermeister jetzt abspielen, aufmerksam. Zunächst beabsichtigen die Herren Innungsmeister im Bunde mit den Holzindustriellen, den Gesellen einen Entlassungsschein aufzuzwingen, welcher es jedenfalls ermöglichen soll, eine bessere Auslese unter die Letzteren zu halten. Ferner wollen die Herren die Arbeitsvermittelung nur noch selbst besorgen, jede Konkurrenz in diesem Fache wird streng verpönt, ganz besonders richtet sich das Vorgehen gegen die von den Kollegen selbst errichteten Arbeitsnachweise.

Kollegen, wir rufen Euch zu: Beobachtet diese Vorgänge und organisirt Euch bei Zeiten, damit wenn es heißt, Front zu machen, keiner fehlt.

Die Werkstatt-Kontrollkommission des Fachvereins der Tischler.

Der Streik des Personals der Fabrik Marin-Astruc in Bühl (Elsaß) kann als beendet betrachtet werden, nachdem mehr als zwei Drittel der Streikenden die Arbeit wieder aufgenommen haben, als die Fabrikleitung bekannt machte, daß wer jetzt nicht wieder an seinen Arbeitsplatz zurückkehre, für immer entlassen sei.

In den Kohlengruben von Carmaux-Albi (Frankreich) streiken die Bergleute wegen verweigerter Lohnerhöhung.

In Paris ist der Ausstand der Kutscher der Gesellschaft L'Urbaine nach der „Köln. Ztg.“ beendet. Nach diesem Blatt soll die Gesellschaft keine Zugeständnisse gemacht haben.

Tumulte meldet der Telegraph aus dem Reviere des böhmischen Bergwerks in Schatzlar, das dem Baron v. Erlanger gehört. Der Direktor des Werkes soll sich vor den Arbeitern durch einen Sprung aus dem Fenster haben retten müssen und — natürlich war die Polizei „genöthigt“, mit „gefälltem Bajonett vorzugehen“. Für den Fall, daß die Nachricht über die Tumulte nicht blos aufgebauscht, ist zu berücksichtigen, daß die Arbeiter jenes Bergwerks mit zu den schlechtest bezahlten ihres Berufs gehören — wo die Rothschild, Erlanger 2c. grasen, bleibt für Andere kein Grashalm stehen. Und diesen mit Jammertönen abgespeisten Leuten hat man noch, wie die telegraphische Nachricht selbst besagt, eine 10prozentige Lohnherabsetzung zugemuthet. Wenn darauf den Arbeitern die Galle überlief, so ist das natürlich.

Zum Nothstand. Die städtischen Behörden von Halle a. S. haben 10 000 M. zur Vertheilung von Brot- und Speisemarken an die Nothleidenden bewilligt.

Die Arbeitslosen in Halle a. S. haben zur Vertretung ihrer Interessen eine Kommission eingesetzt. Vorsitzender derselben ist der Töpfer Ferd. Kaulich, Halle a. S., Harz 48b.

Beschäftigung jugendlicher Arbeitr in Bergwerken und in Zuckerfabriken. Dem Bundesrath ist ein Entwurf von Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf Steinkohlenbergwerken zugegangen, welche bis zum 1. April 1902 giltig sein sollen. Danach darf die erste Schicht nicht vor 5 Uhr Morgens beginnen, die zweite nicht nach 10 Uhr Abends schließen, keine länger als acht Stunden dauern. Am Tage vor Sonn- und Festtagen darf die erste Schicht um 4 Uhr Morgens beginnen, am nächsten Werktage muß die zweite Schicht um 12 Uhr Abends schließen. Zwischen zwei Arbeitsschichten muß den jugendlichen Arbeitern eine Ruhezeit von mindestens 12 Stunden gewährt werden. Ebenso sind eine oder mehrere Pausen in Gesammtdauer von mindestens einer Stunde an Arbeitstagen angeordnet. Alles Uebrige ist wie bei den anderen ähnlichen Bestimmungen auch für jugendliche Arbeiter männlichen Geschlechts über 14 Jahre auf Steinkohlenbergwerken festgesetzt, namentlich über das ärztliche Attest 2c. Ferner ist dem Bundesrath zugegangen ein ähnlicher Entwurf von Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Rohzuckerfabriken und Zuckerraffinerien. Diese Bestimmungen gelten gleichfalls bis zum 1. April 1902 bezw. bis 1. April 1898. Der Feststellung dieser Bestimmungen sind Erhebungen über die Bedürfnißfrage vorausgegangen, welche ergeben haben, daß während der letzten Kampagne im Deutschen Reich in Rohzuckerfabriken im Ganzen 74 167 Arbeiter beschäftigt waren, von denen 9794 oder 13 pCt. dem weiblichen Geschlechte angehörten. Nur ein verhältnißmäßig geringer Theil der in der Rohzuckerfabrikation beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeiter ist in der Nähe der Fabriken ortsangesessen. Die große Mehrzahl sind sogen. Sachsengänger, welche theils schon im Frühjahr zur Uebernahme landwirthschaftlicher Arbeiten aus anderen Gegenden zuziehen und nach Beendigung der Feldarbeit Beschäftigung in den Zuckerfabriken suchen, theils erst im Spätherbst bei der Zuckerkampagne sich einstellen. Hierbei kommen für das östliche Deutschland Arbeiter namentlich aus Polen, Posen, Ostpreußen und Schlesien, für Mitteldeutschland außerdem auch der Harz, das Eichsfeld und Thüringen in Betracht. Die Gesammtzahl der in deutschen Zuckerraffinerien — abgesehen von den Melasse-Entzuckerungsanstalten — thätigen Arbeiter beträgt 11 724, wovon 21 pCt. weiblichen Geschlechts sind.

Dividenden. Sächsische Glasfabrik zu Radeberg 12 pCt., Holzstoff- und Papierfabrik zu Niederschlema 10 pCt., Deutsche Jute-Spinnerei und Weberei zu Meißen 9 pCt., Papierfabrik zu Weißenborn 6 pCt., Steinkohlenbau-Verein zu Gersdorf, Prioritäten, Serie I 19 pCt., Serie II 17 pCt., Stammaktien 7 pCt., Vereinigte Bautzener Papierfabriken 9 pCt., Gardinenfabrik in Plauen i. V. 5½ pCt.

Die sozialdemokratische „Wiener Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht folgenden vertraulichen Erlaß, welcher auf die Initiative des k. k. Ackerbau-Ministeriums zurückzuführen ist und sich offenbar auf alle Bergämter der holdseligen Austria bezieht:

Z. 241 ai 892.

Zirkulare

an sämmtliche Herren Werksvorstände zu eigenen Händen.

Ueber hohen Auftrag wollen verläßliche Erkundigungen eingezogen werden, ob und auf welche Arbeiterzeitungen Ihre Bergbez. Hüttenarbeiter abonnirt sind, ferners welche dortigen Arbeiterzeitungen am häufigsten Mittheilungen über die Vorgänge und über die Arbeiterverhältnisse bei den hierbezirklichen (Oberösterreich, Salzburg) Berg- und Hüttenwerke bringen, beziehungsweise welche Arbeiterzeitung von den dabei beschäftigten Arbeitern am

meisten gelesen, resp. zur Kundgebung ihrer Wünsche und Beschwerden benutzt werden.

Diese Anfrage, deren Beantwortung wo möglich bis Ende März entgegengesehen wird, wollen Euer Hochwohlgeboren als eine vertrauliche betrachten und giebt sich der Gefertigte der angenehmen Erwartung hin, daß die diesbezüglich angestellten Nachforschungen in unauffälliger Weise werden vorgenommen werden.

Wels, den 23. Februar 1892.

K. k. Revierbergamt

Dr. ch. Tambour.

Es ist rührend zu sehen, mit welcher Sorgfalt und welchem Zartgefühl sich die österreichische Regierung sogar um die literarischen Bedürfnisse der Arbeiter kümmert. Vielleicht bekümmert sie sich nun auch bald darum, ob sich die Arbeiter satt essen können oder nicht.

Aus dem rheinisch-westfälischen Kohlenrevier. Die Zahl der Arbeitslosen wächst von Tag zu Tag, denn die Entlassungen von Arbeitern seitens der Zechen nehmen immer noch zu, und die Zahl stellt sich auf viele Tausende. Mit diesen Entlassungen werden Zustände geschaffen, die eine öffentliche Kalamität darstellen und auf welche die Aufmerksamkeit der staatlichen und gemeindlichen Behörden hingelenkt werden muß. Denn nicht nur werden den Gemeinden große Armenlasten aufgebürdet, die Arbeitslosen bilden auch eine Gefahr für Leben und Eigenthum. Man gehe nur einmal durch die Straßen der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen und man wird sie da zu Hunderten antreffen können. Ob die Lage des Kohlenmarktes die Entlassungen rechtfertigt, ist nur heute noch zweifelhaft und wenigstens auffallend bei Dividenden von 80 pCt., 66 pCt., 35 pCt., 20 pCt., 12 pCt., 8 pCt. u. s. w., wie sie nach großen Rücklagen und Abschreibungen zur Vertheilung gelangen. Feierschichten allerdings sind bei schwächerem Absatze unvermeidlich, da Kohle nicht wie irgend ein Fabrikat auf Vorrath produzirt werden kann. Solche Feierschichten, selbst wenn sie öfter wiederkehren, treffen die Arbeiter aber lange nicht so schwer, als Entlassungen oder Lohnreduktionen, die Leute können diese unfreiwilligen Feiertage zu häuslichen Arbeiten, Bestellung des Feldes u. s. w. verwenden. Um die Aufmerksamkeit der zuständigen Behörden noch mehr, als dies schon geschieht, auf diese traurigen Zustände hinzulenken, hat der Bergarbeiter-Verband „Glückauf" beschlossen, eine Eingabe an Minister von Berlepsch zu richten, worin er gebeten wird, die Bergrevierbeamten zu veranlassen, der Sache näher zu treten und eine Statistik über die Art und Weise der Entlassung von Bergarbeitern aufzustellen.

Eine Unklarheit im Krankenkassen-Gesetz ist durch das Ober-Verwaltungsgericht zu Gunsten der Kranken entschieden worden. Nach § 6 des Krankenkassen-Gesetzes besteht die Krankenunterstützung in Gewährung freier ärztlicher Behandlung, Arznei, sowie Brillen, Bruchbänder und ähnlicher Heilmittel und im Falle der Erwerbsunfähigkeit in Zahlung eines Krankengeldes. Wenn nun der § 7 weiter bestimmt: „An Stelle der in § 6 vorgeschriebenen Leistungen kann freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhause gewährt werden", so entsteht die Frage, ob die Krankenkasse, sofern sie Krankenhauspflege gewährt, verpflichtet ist, das erkrankte Mitglied in das Krankenhaus zu transportiren bezw. einem Orts-Armenverbande gemäß § 57 die erforderlichen Transportkosten zu ersetzen. Das Ober-Verwaltungsgericht, dritter Senat, hat diese Frage in einem unlängst gefällten Urtheile bejaht und ausgeführt: Wenn in § 7 der Kasse die Befugniß gegeben ist, sich ihrer gesetzlichen Verpflichtung durch Gewährung der Krankenhauspflege zu entledigen, so gehören zu der Gewährung dieser Pflege alle diejenigen Leistungen, die erforderlich sind, damit der Kranke der Krankenhauspflege auch wirklich theilhaftig werde. Die Kasse habe daher den Kranken, wenn er unfähig ist, zu gehen, unter Anwendung geeigneter Transportmittel in das Krankenhaus zu schaffen.

Zur Organisation der Arbeiter Oesterreich-Ungarns. In der Zeit vom 1. bis 29. Februar sind folgende neue Organisationen gegründet worden: In Wien: Politischer Verein „Vorwärts" im III. Bezirk; Verein der Feilenhauer und deren Mitarbeiter Niederösterreichs; Arbeiter-Bildungsverein „Helios" im XVII. Bezirk; Czecho-slavischer Arbeiter-Fortbildungsverein im II. Bezirk. In der Provinz: Fachverein der Tischler und der im Tischlergewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Mährens in Brünn; Gewerkschaftsverein sämmtlicher im Hutmacher- und dessen verwandten Gewerben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Mährens in Brünn; Allgemeiner Arbeiter-Bildungsverein in Klostergrab; Bildungsverein „Arbeiterbund" in Mariaschein; Politischer Verein „Vorwärts" in Reichenberg.

Christliche Charitas? Damit die „armen Reisenden" ja keinen Bissen umsonst bekämen, hat man — wie die Zerbster „Extrapost" berichtet — dieselben auf der Naturalverpflegungsstation in Nordhausen wegen Mangels an Arbeit Holzwellen von einem Boden zum anderen und später wieder zurücktragen lassen.

Neue Bestätigung einer alten Erfahrung. Der amerikanische Nationalökonom Schönhof hat in den „New-York-Times" eine längere Reihe von Artikeln über die Wirkungen der Mac Kinley-Bill veröffentlicht und in ihnen das Resultat seines langjährigen Studiums der Arbeiterfrage niedergelegt. Dasselbe läßt sich in die kurzen Worte fassen, daß kürzere Arbeitsstunden und höhere Löhne absolut die billigsten sind. Die Vereinigten Staaten brauchen sich deshalb nicht vor der billigen europäischen Arbeit zu schützen. Der gutbezahlte Arbeiter, dessen Kraft nicht allzuviel zugemuthet ist, wird in 9 oder 10 Stunden mehr fertigstellen, als der schlechtbezahlte und schlecht genährte Arbeiter in 16 oder 18 Stunden. Amerikanische Arbeit ist nach Mr. Schönhof die billigste, weil sie die höchstbezahlte ist. Aus dem gleichen Grunde ist englische Arbeit die nächstbilligste. Nichts kann thörichter sein, sagt der amerikanische Forscher, als die Klage, welcher man so häufig in England begegnet, daß es unmöglich wäre, mit Deutschland zu konkurriren, da die 66 Stunden der deutschen Arbeitswoche mehr als die 55 der englischen produziren müßten. Wie kann dies der Fall sein, fragt Mr. Schönhof, wenn alle kontinentalen Staaten sich durch hohe Zölle vor dem Resultat der hohen Löhne und kurzen Arbeitsstunden Englands zu schützen suchen? — Deutschen Unternehmern wird beim Lesen dieses treffenden amerikanischen Urtheils jedenfalls zu Muthe sein, als kreise ein Mühlrad in ihrem leeren Schädel. In Deutschland sind niedrigste Löhne und längste Arbeitszeit die allgemeine Parole der Unternehmer, und vom Minister bis zum Schutzmann herab hält man es für heilige Pflicht, den um bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit kämpfenden Arbeitern kräftigst entgegen zu arbeiten und damit dem geistesfaulen Unternehmerthum nach Möglichkeit Hilfe zu leisten.

Quittung über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 11. bis 24. Februar 1892 eingegangenen Gelder: Hamburg-Borgfelder Männer-Gesangverein 80,—. Quartalsbeitrag (I. Quartal 1892) des Verbandes der Schiffszimmerer 36,09. Quartalsbeitrag (I. Quartal 1892) der Vereinigung der Stellmacher 18,—. Uetersen, Gewerkschaften 20,—. Hamburg, Verkaufsstelleninhaber der Tabak-Arbeitergenossenschaft 65,—. Quartalsbeitrag (I. Quartal 1892) des Verbandes der Kürschner 30,—. Quartalsbeitrag (I. Quartal 1892) des Verbandes der Steinmetzen 45,—. Quartalsbeitrag (I. Quartal 1892) der deutschen Schmiede 90,—. Quartalsbeitrag (I. Quartal 1892) der Vereinigung der Drechsler u. s. w. 72,—. Hamburg-Barmbeck, Drechsler (Maifonds) 1,—. Hanau, Gewerkschaften (Maifonds) 9,50. Neudamm, Gewerkschaften (Maifonds) 58,20. Einbeck, Gewerkschaften (Maifonds) 18,75. Kahla, Gewerkschaften (Maifonds) 6,80. Werder a. H., —,25. Wandsbeck, Gewerkschaften (Maifonds) 13,55. Wiesbaden, Gewerkschaften (Maifonds) 60,60. Mainz, Gewerkschaften (Maifonds) 100,—. Lambrecht, Arbeiterschaft (Maifonds) 83,—. Delmenhorst, Arbeiterschaft (Maifonds) 68,50. Weißenfels, Arbeiterschaft (Maifonds) 4,55. Glückstadt, Arbeiterschaft (Maifonds) 10,—. Plauen, Arbeiterschaft (Maifonds) 8,80.

A. Dammann, Kassirer,
Hamburg,
Zollvereinsniederlage, Wilhelmstr. 13, I.

Versammlungen.

Weißensee. Der sozialdemokratische Arbeiter-Verein für Weißensee veranstaltete am 7. d. M. im Dusedann'schen Vereinshause eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Trotzdem die Tische entfernt worden, war der große Saal bis aufs letzte Plätzchen gefüllt. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Bebel über das Thema „Parlamentarismus". Bebel, der lebhaft begrüßt worden war, erörterte zunächst die geschichtliche Entstehung des Parlamentarismus und dessen Entwickelung in England, Frankreich und Deutschland, schilderte die großen Kämpfe, deren es besonders in Frankreich bedurfte, das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht zur Einführung zu bringen, und trat der vielfachen Auffassung entgegen, als ob die Herbeiführung von Revolutionen ein Zeugniß politischer Reife sei. Die französische Arbeiterklasse habe bis heute sich immer noch von den bürgerlichen Parteien ins Schlepptau nehmen lassen, was Redner auf die dortigen eigenthümlichen ökonomischen Verhältnisse zurückführte. Dort herrsche noch in hohem Maße die demokratisch-kleinbürgerliche Partei, wie es in Deutschland gar nicht möglich sei. Bei der großen Bedeutung Frankreichs für Deutschland hätten wir das größte Interesse daran, daß sich die Entwickelung der Dinge in Frankreich, d. h. die Auflösung der Mittelklassen, konform der in Deutschland vollziehe und die Arbeiterklasse für den Sozialismus gewonnen werde, in welcher Hinsicht in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht worden seien. In eingehender Weise schilderte Redner weiter die Entstehungsgeschichte des Parlamentarismus in Preußen und Deutschland, zeigend, wie Fürst Bismarck, sowohl weil kein Boden für ein anderes Wahlsystem vorhanden war, als auch aus Zweckmäßigkeitsgründen das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zur Einführung brachte, namentlich auch, weil er glaubte, daß aus Furcht vor den Arbeitern die Bourgeoisie nicht mehr oppositionell sein würde, eine Voraussetzung, die allerdings eingetroffen sei. Ebenso, wie die Bourgeoisie, bevor sie zur Herrschaft gelangte, gegen den Stände- und Feudalstaat zu Felde zog, bis diese in nichts versanken, so habe auch die Sozialdemokratie zu kämpfen gegen den Bürgerstaat und alle erreichbaren Positionen zu erobern, bis der Bürgerstaat durch die sozialistische Gesellschaft ersetzt sei. Wenn die der herrschenden Gesellschaft abgerungenen Vortheile die Klassenlage der Arbeiter auch nicht verbesserten, so kämen dieselben doch Hunderttausenden zu Gute und machten die Arbeiter kampffähiger. Die Wahlen seien ein geeignetes Mittel, propagandistisch zu wirken, sie seien gewissermaßen ein politisches Barometer, das das Wachsen der Partei anzeige; die Tribüne des Reichstags sei ein wirksames Agitationsmittel, unter dem Sozialistengesetze fast das einzige, das zu Gebote stand. Die Bedeutung der Wahlen sei von den Gegnern mehr erkannt, als von den Arbeitern selbst, das beweise die Verlängerung der Legislaturperioden. Aufgabe der Sozialdemokratie müsse es sein, immer mehr aufklärend zu wirken, damit die Arbeiter, sobald der Zeitpunkt gekommen sei, daß sie die Macht in die Hände bekommen, fähig sind, dieselbe zu benutzen. Der fünfviertelstündige Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der folgenden Diskussion vertraten mehrere der sogenannten „Unabhängigen" ihren bekannten Standpunkt unter dem lebhaftesten Widerspruche der Versammlung. Herr Zobel trat ihren Ausführungen entgegen und Bebel that in seinem Schlußworte ebenfalls das Seinige. Bezüglich des vielangefeindeten Begriffes „Lumpenproletariat" erklärte Bebel, daß es Niemandem einfalle, die Arbeitslosen darunter zu verstehen. Nicht die äußere Gewandung mache den Lumpen, sondern die Gesinnung. Wohl seien diese Gesinnungslumpen, die durchaus nicht immer in Lumpen dahergehen, Produkte der heutigen Gesellschaft, man könne sich dieses erklären, aber man habe durchaus keine Veranlassung, mit diesen Produkten gemeinschaftliche Sache zu machen. Jeder ehrliche Arbeiter habe alle Ursache, sich nicht mit diesen Elementen, von denen die Krawalle inszenirt worden seien, zu identifiziren. Mit dem Verschwinden der bürgerlichen Gesellschaft würden auch diese Produkte verschwinden. Die Einwände gegen den Parlamentarismus wurden von Bebel unter größter Zustimmung der Versammlung in trefflicher Weise widerlegt. Mit erdrückender Majorität erklärte sich die wohl von tausend Personen besuchte Versammlung in einer Resolution mit den Ausführungen Bebel's voll und ganz einverstanden und sprach demselben ihr unbedingtes Vertrauen aus. Die Versammlung schloß mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

In die Haare sind sich gestern Anarchisten und „Unabhängige" wiederum gerathen, nachdem sie bereits vor etlichen Wochen sich getrennt haben. Was an Blech fabrizirt wurde, geht ins Unglaubliche. Selbst einem der eifrigsten „Unabhängigen", die doch eine außerordentlich starke Dosis Kohl vertragen können, fängt die Geschichte an zu dumm zu werden. Er führte u. A. gegen den anarchistischen Individualismus, der keinen Versammlungs-Vorsitzenden von Fleisch und Blut, sondern nur eine am Bureau aufgehängte Schiefertafel duldet, folgendes aus: „Es lasse sich keine Gesellschaftsform denken, in der es keine Gesetze und keinen Mehrheitsbeschluß gebe. Gesetze werden immer nothwendig sein, möge nun die zukünftige Gesellschaftsform eine sozialistische oder eine anarchistische sein. Wenn z. B. eine Epidemie ausbreche, dann müssen zur Verhütung derselben Gesetze geschaffen werden. Physische Verbrechen, wie Lustmorde u. s. w. dürften auch in der zukünftigen Gesellschaftsform vorkommen und müßten doch auch entsprechend geahndet werden. Es werde doch aber in der zukünftigen Gesellschaftsform nothwendig werden, in den Fabriken die Arbeitszeit genau innezuhalten. Dies alles mache eine Unterordnung der Minorität unter die Majorität nothwendig." Wie unsere Leser sehen, ist das eine ganz verständige Ansicht, die wir stets vertreten haben. Man sieht, daß, wenn die Herren „Unabhängigen" einmal einen lichten Augenblick haben, sie ihre Waffen aus der Rüstkammer der verhaßten „offiziellen Sozialdemokratie" entlehnen.

Arbeiter-Bildungsschule. Heute Abend 8 Uhr, Versammlung. 6. Zyklus-Vortrag des Schriftstellers Herrn Bölsche.

Verein Berliner Hausdiener. Heute Abend 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 30, außerordentliche Versammlung.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider und verwandten Berufsgenossen (Braunschweig). Mittwoch Abend 8 bis 10 Uhr, im Restaurant Proa, Annenstr. 9.

Verein der Kurbelstepper und Steppterinnen. Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15 jeden Monats, Abends 9 Uhr, Versammlung bei Bolzmann, Andreasstraße 26.

Hilfsverein akademisch gebildeter Herren. Mittwoch, Abends 9 Uhr, Sitzung Mohrenstr. 247.

Naturheilverein Norden. Heute Abends 8½ Uhr, bei Cothmann, Brunnenstr. 54, Vortrag.

Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse der Berliner Hausdiener. Kassenlokal: Neue Friedrichstraße 44 bei Röllig. Jeden Mittwoch Abends von 8½ Uhr.

Verein für Technik und Gewerbe, Friedrichstr. 133, jeden Mittwoch Vortrag.

Deutscher Privatbeamten-Verein. Heute Abend im „König von Portugal", Burgstr. 19, Monats-Versammlung nebst Vortrag.

Lese- und Diskutirklub am Mittwoch. Vereinte Kraft, Abends 8½ Uhr, bei Klein, Schönleinstraße 6. — Johann Jacoby, bei Otto Thierbach, Schwedterstr. 44. — Heine, jeden Mittwoch vor dem 1. und 15. jeden Monats, Abends 8½ Uhr, bei Zechlin, Hornstr. 9.

Arbeiter-Sänger-Bund Berlins und Umgegend. **Mittwoch.** Uebungsstunde Abends 9 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. — Liedesfreiheit, Blumenstraße 38, bei Henke. — Freya, (Gem. Chor), Alte Schönhauserstraße 23—29, Borow's Brauerei. — Hilaritas, Hochstraße 32a, bei Wilke. — Deutsche Eiche, Blumenstraße 46, bei Wenk. — Echo 1, Pankow, Schulzestr. 27. — Lerche, Vernauerstr. 72, Restaurant zum „Zeitgeist". — Gesangverein der Steinmetzen, Johannisstr. 20, bei Müller. Männer-Gesangverein der Kürschner, D. B. D. Br. Berlin, Neue Friedrichstraße 44, bei Röllig. — Südost 2, Cuperstraße 16, bei Riemer. — Sangeslust, Bülowstr. 69, bei Gründer. — Steinnelke, Köstlinerstr. 17, bei Wendt. — Lyra 1, Naupachstr. 6, bei Stachel. — Euphonia, Annenstraße 16, bei Keßner. — Hand in Hand 1, Marianennenstr. 31—32, bei Doberstein. — Schneeglöckchen 1, Kottbuser Damm 35, bei Jacob. — Schneeglöckchen 2, Potsdam, Brandenburger Kommunikation 16, bei Glaser. — Unverdrossen, Abends 8½ Uhr, bei Sachs, Lindowerstr. 28. — Flöter'scher Gesangverein, Landsbergerstr. 31, bei Musehold. — Rütli, Friedenau im Kurhaus. — Vorwärts 5, Friedrichshagen, Rundtheil, bei Lerche. — Freundestreue (Gemischter Chor), Jüdenstr. 55, bei Triebschmann. — Lorbeerkranz, Landsberger Platz 5, bei Müller. — Südost 1, Köpnickerstr. 191, Restaurant. — Hoffnung 1, Friedrichsberg, Friedrich Karlstraße 34, bei Schulze. — Rothe Nelke, Schöneberg, Goltzstr. 43, bei Siegeler. — Freiheit 1, Kulmstr. 30, bei Naumann. — Freiheit, Moabit, Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47—49. — Steinsetzer-Sängerchor, Kastanien-Allee 28 bei Matwald. — Offenbacher Sängerkranz, Oranienstr. 155, bei Götze. — Gesangverein der Kupferschmiede, Weinstr. 11 bei Feind. — Vergißmeinnicht, Schulstr. 29, im Weddingkasino. — Freies Lied 1, Gr. Frankfurterstr. 81 bei Weiß. — Echo 3, in Zehlendorf, Stunde in Friedenau (Kurhaus). — Brandenburger Männer-Gesangverein in Brandenburg, Mengert's Volksgarten. — Mannesmuth, Mauerstraße 3, bei Namm.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Mittwoch: Verein Fridolin, bei Wolff, Brunnenstr. 35a. — Theater- und Vergnügungsverein Vulkania, bei Jäger, Gartenstraße 37/38. — Rauchklub Hellblau, Alte Jakobstr. 18/19, Restaurant A. Seele. — Rauchklub Kreuzfidel, bei Gumlich, Reichenbergerstraße 149. — Geselliger Verein Waldesgrün, bei Nebelin, Langestr. 108. — Theater- und Vergnügungsverein Durch Nacht zum Licht, bei Zubeil, Naunynstr. 36. — Humoristischer Verein Pipifax, bei Möhring, Admiralstraße Nr. 182.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Mittwoch. Gesangverein Knospe, Abends 9 Uhr, im Restaurant Wahlstatt, Belle-Alliancestraße. — Musikverein Vorwärts, Abends 8½ bis 10½ Uhr, Große Frankfurterstraße 99, 1 Tr.

Turnverein Hoffnung, Abends 9 Uhr, im Restaurant Schröder, Manteuffelstr. 9.

Geselliger Vergnügungsverein Regia, Abends 9 Uhr, im Restaurant Sommer, Grünstraße 21. — Humoristischer Verein Arminia, Dresdener Garten, Dresdenerstraße 45. — Kreuzfidel, bei Gumlich, Reichenbergerstraße 149. — Fidele Brüder, bei H. Wrose, Lachmannstr. 5. — Polizeiklub Lustige Brüder, Abends 8½ bis 10½ Uhr, Restaurant Liewald, Manteuffelstr. 46.

Rauchklub Rochloch, Abends 9 Uhr, bei Kierstein, Admiralstr. 39. — Rauchklub Lassalle, Abends, bei Lock, Friedrichsbergerstr. 11. — Rauchklub Rothe Nelke, bei Steuer, Weinstr. 22. — Humoristischer Rauchklub, Abends 9 Uhr, bei A. Riemann, Görlitzerstr. 43. — Rauchklub Sausloucі, Boeckhstraße 51. — Rauchklub Vorwärts Südost, bei Vogel, Sorauerstraße 13. — Rauchklub Eiserne Schleife, Abends 9 Uhr, bei Hoffmann, Tilsitstr. 1.

Skatklub Treff, Abends 8½ Uhr, bei Otto Zabel, Frankfurter Allee 90. — Skatklub Puschelgrün, Abends 8 Uhr, Reichenberger- und Manteuffelstraßen-Ecke, bei Fürstenau.

Vermischtes.

Eine ernste Rüge ertheilte die Hallesche Polizeiverwaltung einem Polizisten, welcher eine Arbeitslosenversammlung als Versammlung der Arbeitsscheuen bezeichnet hatte.

Durch eine Feuersbrunst wurde der westliche Theil der Markthalle zu Memel vernichtet.

Die Hamburger Nachricht, daß auf dem Postdampfer „Colonia" drei Offiziere verhaftet worden und eine große Menge Waffen 2c. beschlagnahmt worden sein sollte, ist, wie die Direktion der genannten Gesellschaft mittheilt, unwahr. Nach dem „Echo" handelt es sich um eine unwahre anonyme Anzeige, welche zur Folge hatte, daß die Offiziere wohl polizeilich vernommen worden sind, deren Unrichtigkeit sich aber bereits binnen zwei Stunden herausgestellt hatte.

Ein Besitzer von 10 Häusern, der Kaufmann Glaser aus Siemianowitz, wurde von der Strafkammer zu Beuthen O.-Schl. zu 3 Wochen Gefängniß verurtheilt, weil er zwei Frauen, die bei ihm Mehl kauften, um 1½ und 1¾ Pfd. Mehl betrogen hatte.

Einer, der's versteht. Das kleine schlesische Städtchen Wansen sucht ein neues kommunales Oberhaupt. Gemeldet haben sich 78 Bewerber. Unter diesen Bürgermeistern in spe befindet sich einer, der zu seiner Empfehlung die Bescheinigung seines katholischen Seelsorgers über eifrigen Kirchenbesuch eingeschickt hat.

In Enfisheim erschoß ein Wachtposten Nachts einen Unteroffizier, der auf den dritten Haltruf nicht stehen geblieben war.

Starke Erdbeben werden aus Italien gemeldet.

Untergegangen ist bei den Scilly-Inseln der hamburgische Dampfer „Messina". Von der ganzen Mannschaft ist nur ein Schiffsjunge gerettet.

In Herat (Afghanistan) ist die Cholera ausgebrochen.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Lübeck, 8. März. Die Wahl der für das Gewerbegericht aufgestellten zwölf sozialistischen Kandidaten erfolgte fast einstimmig.

Wien, 8. März. Polnischen Blättern zufolge wurden in Granica zwei nach Kongreßpolen reisende Personen verhaftet, bei denen nihilistische Schriften vorgefunden wurden. Die Verhafteten wurden nach Warschau eskortirt.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Wien, 8. März. Die bisherigen von den Hilfskomitees für die Arbeitslosen veranstalteten Brotvertheilungen an die Arbeitslosen sind polizeilich untersagt worden, da dieselben zu Vorgängen geführt haben, durch welche die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört und mehrfach die körperliche Sicherheit von Personen gefährdet wurde, sowie weil für diese Art der Vertheilung von Lebensmitteln kein Bedürfniß vorhanden sei. Bei der heutigen Vertheilung wurden wieder mehrere Personen ohnmächtig.

Briefkasten der Redaktion.

Für die Arbeiter-Bildungsschule vom Lese- und Diskutirklub Süd-Ost 20 M., aus einer amerikanischen Auktion bei einer Bildhauer-Kegelpartie 3 M. 30 Pf. erhalten.

H. Gumpel, Barnimstr. 42.

A. B. Für den betreffenden schlesischen Wahlkreis waren Flugblätter und Geld zur Verfügung gestellt. Die dortigen Genossen sahen aber schließlich von einem Eingreifen ab, da die Zeit bis zum Wahltermin zu kurz bemessen war.

J. Schmitt. Wenden Sie sich an den Vertrauensmann Ihres Wahlkreises.

E. L. 75. 1. Man kann sich mündlich oder schriftlich melden. 2. Unter zwanzig Jahren. 3. Ja.

A. T. Das fünfte Rad am Wagen scheinen Sie mit Ihren Fragen zu sein. Was glauben Sie denn, was wir Alles wissen sollen.

A. S. 59. Das kann er machen wie er will.

Herzkranker Moritz. W. E., Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht", Stuttgart, Furthbachstr. 12.

Neustadt b. Koburg. Es ist der Reichstags-Abgeordnete Frohme. Der andere Theil Ihrer Frage ist unverständlich.

Briefkasten der Expedition.

W., Ruheplatzstraße. Ihr Inserat kostet 2,40 M. und ersuchen wir um gefällige Einsendung des Betrages.

G., Spandau. Ihr Inserat kostet 2,20 M.

Verantwortlicher Redakteur: August Enders in Berlin Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.